www.roteanneliese.ch

NR. 243 | MÄRZ 2018 | FR. 6.–

ROTE ANNELIESE

Seit 1973

45 JAHRE

Die kritische Stimme des Oberwallis

Iischers Lisi wird 45

Im Wandel der Zeit: Die Rote Anneliese wird 45! Wir werfen einen kleinen Blick zurück. › Seite 3

Wo Medien versagen

Wie kann ein Leser Fake News von gut recherchierten Artikeln unterscheiden? Die Antwort gibt Urs P. Gasche. › Seite 6

Fredy Bayard übernimmt Mengis…

… der Vater ein liberaler Christlichsozialer, die Mutter kämpfte als kommunistische Partisanin. › Seite 9

Asli Erdogan

Mit ihrer Zivilcourage brachte sie das türkische Regime gegen sich auf und wurde im Rahmen der sogenannten «Säuberungen» verhaftet. › Seite 16-17

Der Hunger der Reichen

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt weiterhin mehr Vermögen als der gesamte Rest. › Seite 4-5

Bocciahalle in Brig:
Treffpunkt der Mafia?

Ermittlungsunterlagen belegen: Briger Richter und Stadtschreiber Eduard Brogli wurden in der Bocciahalle heimlich gefilmt und abgehört. › Seite 13-15

Bocciahalle in Brig

Eduard Brogli

Bundesanwalt hatte mit Lügen die Bewilligung für die Überwachung der Bocciahalle erschlichen. «Private Firma» war eine Tarnfima der italienischen Anti-Mafia-Polizei.

ROTE ANNELIESE
– SEIT 1973 –
IMPRESSUM

AUSGABE
März 2018, RA 243

AUFLAGE
1'400 Exemplare

HERAUSGEBER
Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis

VERANTWORTLICHER
Reinhard Jossen

INTERNET
www.roteanneliese.ch

FACEBOOK
facebook.com/rote.anneliese

KONTAKT
Telefon 027 923 63 89
Besser zu erreichen unter:
rote.anneliese@rhone.ch

REDAKTION
Silvia Eyer

MITWIRKENDE
Hilar Eggel, Frank Garbely, Sarah Heinzmann, Michael Näpfli, Gilbert Truffer, Tobias Tscherrig

LAYOUT
Martina Studer

KARIKATUR
Felix Grundhöfer

ADMINISTRATION
Martina Studer

DRUCK
s+z:gutzumdruck
3902 Brig-Glis

Editorial

Silvia Eyer: neue Redaktorin der Roten Anneliese

Liebe Leserinnen und Leser

Das ist nicht nur die erste Ausgabe der Roten Anneliese in diesem Jahr. Es ist auch die erste Ausgabe mit neuem Team. Doch nicht nur in der Redaktion gab es Veränderungen, auch der Vorstand im Verein, der die Zeitung trägt, hat sich neu organisiert.

In dieser ersten Ausgabe geht es in engerem und weiterem Sinn vor allem um die Medien. Und das erste Thema widmen wir gleich mal uns selber. Denn die Rote Anneliese wird 45! Damit hat sie alle alternativen Zeitungen des Alpenraums ihrer Zeit in der Schweiz überlebt. Einen interessanten Artikel der NZZ zum damals 40-jährigen Jubiläum gibt es übrigens auch auf der Homepage der Roten Anneliese zu lesen.

Weiter geht es mit der sozialen Ungleichheit weltweit und in der Schweiz. Ein Thema, welches leider viel zu wenig von den Medien aufgegriffen wird. Deshalb widmen wir dieser Thematik eine Doppelseite. Dazu gibt es einen Gastkommentar von Odilo Noti der Caritas Schweiz zu lesen.

Urs P. Gasche, freischaffender Journalist der Internetzeitung Infosperber, hielt im Rahmen des Simplon Forums einen Vortrag über die Medien und wo diese in ihrer Aufklärungsrolle versagen. Er zeichnete ein düsteres Bild der heutigen Medienlandschaft. Nicht zuletzt, weil grosse Konzerne eine Mauer aus PR-Fachleuten um sich errichten.

Die Mengis Gruppe hat mit Fredy Bayard einen neuen Mehrheitsaktionär. Nur die wenigsten wissen aber, dass seine Mutter als kommunistische Partisanin gegen Mussolini und die Faschisten kämpfte. Mehr dazu zu lesen gibt es auf der Wirtschaftsseite.

Im Philosophieteil schreibt Hilar Eggel über die türkische Journalistin Asli Erdogan, die im Rahmen einer Verhaftungswelle nach dem gescheiterten Militärputsch festgenommen wurde. Es geht um den Machtmissbrauch und die Unterdrückung, die in der Türkei herrschen.

Natürlich gibt es noch weitere spannende Themen, wie die Geschichte rund um Fortunato Maesano, auch bekannt als der vermeintliche «Mafia-Boss» aus Brig, von Frank Garbely oder der Beitrag zum Wahlbetrug von vergangenem Frühling, der nun in die nächste Runde gegangen ist.

Nun wünsche ich euch viel Spass beim Lesen. Und um es mit den Worten von Urs P. Gasche zu sagen: Nicht nur der Journalist braucht eine kritische Haltung, sondern auch der Leser. ■

Inhalt

wirklichgeschichtlich
45 Jahre Rote Anneliese **3**

reichlichwirtschaftlich
Die soziale Ungleichheit weltweit und in der Schweiz **4-5**

konstruktivinformativ
Urs P. Gasche im Simplon Forum über die Medien unserer Zeit **6**

konstruktivinformativ
Initiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung **7**

reichlichwirtschaftlich
Beiträge zu: Fusion Kraftwerke Sion/Siders, Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt und Fredy Bayard, der neue Mehrheitsaktionär der Mengis **8-9**

insofernextern
Tobias Tscherrig – No Billag **10**

insofernextern
Gilbert Truffer – Sion2026 **11**

kritischpolitisch
Wahlbetrug geht in die zweite Runde **12**

mafiaboss
Frank Garbely – Fortsetzungsgeschichte Fortunato Maesano und die fragwürdige Arbeit der Polizei **13-15**

logischphilosophisch
Hilar Eggel – Asli Erdogan **16-17**

konstruktivinformativ
Ein anderer Blickwinkel und Buchtipp **18**

kritischpolitisch
Interview mit Laura Kronig **19-20**

dickeeier
Männerstube und andere dicke Eier **20-21**

aktuellkulturell
Cinéculture, Kreatives und Veranstaltungen **22-23**

wissenswert
Haben Sie schon gewusst, dass...? **24**

45 Jahre bewegende Geschichte:

Das kritische Sprachrohr der Minderheit

Naters | Seit 45 Jahren erscheint die Rote Anneliese. Sie hat alle alternativen Zeitungen des Alpenbogens überlebt. Das Viva in Graubünden. Die Alternative in Uri. Der Steinbock in Nidwalden. Die Zeitung durchlebte dabei unterschiedliche Phasen. Ab 1974 war die Rote Anneliese das Organ des kämpferischen Kritischen Oberwallis. Damals gab es im Oberwallis nur mehr Schwarze und Gelbe. Die Zeitung deckte Missstände auf und stellte Alternativen in den Raum. Die verkaufte Auflage stieg zeitweise – auch dank arg günstigen Preisen – auf über 4'000 Exemplare. 1982 fusionierten im Oberwallis die Sozialdemokraten und das Kritische Oberwallis zur gemeinsamen vorerst sozialistischen Partei. Die Rote Anneliese wurde unabhängig, blieb aber letztlich parteinah. Ab dem Jahre 2000 wandelte sich die Zeitung noch einmal. Vorab dank Kurt Marti und seinen Nachfolgern deckte sie im Tal des Schweigens Skandale auf. Im Herbst 2017 stand die Zeitung wieder einmal vor der Entscheidung: Weitermachen, Pause einschalten oder Projekt begraben. Der Verein hat sich fürs Weitermachen entschieden. Und will im dreifachen Wortsinn die Geschichte des Blattes abschliessen. Was gut war, wollen wir behalten. Was wir besser machen können, verbessern. Und was den unnötigen Ballast der Geschichte betrifft, begraben.

RA

Die einzige Konstante im Leben ist die Veränderung

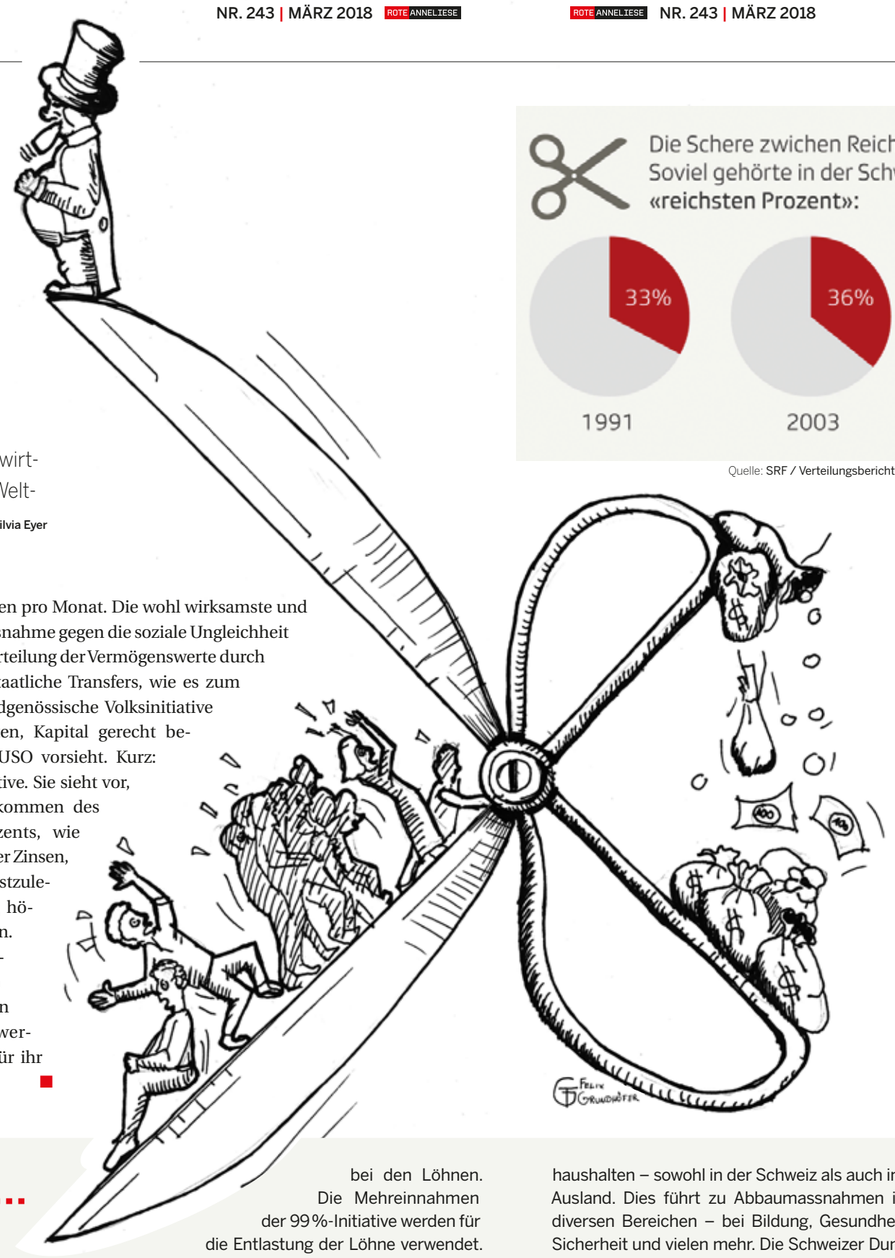
Zitat des griechischen Philosophen Heraklit

Soziale Ungleichheit nimmt weiter zu:

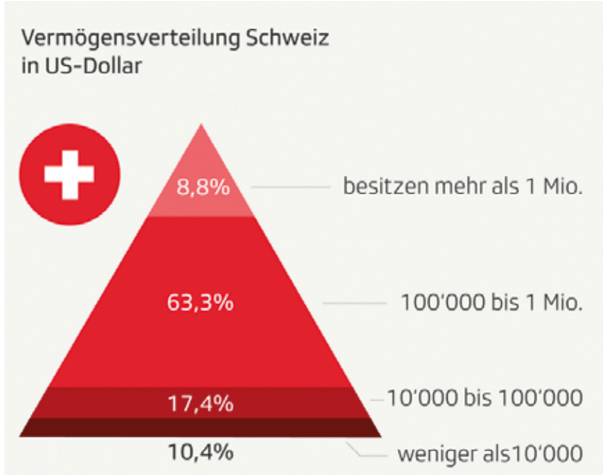
Die Reichen werden immer reicher

Schweiz | 82 Prozent von dem gesamthaft im vergangenen Jahr erwirtschafteten Vermögen ist in die Taschen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung geflossen. Das ist das Ergebnis neuster Studien.

Silvia Eyer



Quelle: SRF / Verteilungsbericht 2016 Schweizerischer Gewerkschaftsbund



Quelle: SRF / Verteilungsbericht 2016 Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Es ist, wie es ist: Eine reiche Minderheit nimmt weiterhin massiven Einfluss auf politische Entscheidungen. Dabei senken sie Unternehmenskosten wie Löhne und Steuern, um ihre eigenen Profite zu steigern. Den Preis dafür zahlen Milliarden von Menschen weltweit, die zu unangemessenen Löhnen für die Reichen schuften müssen.

Die Reichsten der reichen Schweizer

Schon seit langer Zeit gilt die Schweiz als eines derjenigen Länder weltweit, in dem die Vermögen am ungleichsten verteilt sind. Laut dem Wirtschaftsmagazin BILANZ beträgt das Gesamtvermögen der 300 reichsten Schweizer 674 Milliarden Franken. Damit waren sie noch nie so reich wie heute. Nur allein im Jahr 2017 sind sie nochmals um rund 60 Milliarden reicher geworden. Würde man das Vermögen der 300 reichsten Schweizer auf die gesamte Bevölkerung verteilen, erhielte jeder Einwohner mehr als 80'000 Franken bar auf die Hand. Und wer sind die grössten Aufsteiger im vergangenen Jahr? Es ist die Familie von SVP-Politiker Christoph Blocher. Mit einem Vermögen von 12 Milliarden Franken zählen sie erstmals zu den zehn Reichsten des Landes.

Grossteil des Kuchens in den Händen weniger

Um der Dynamik der zunehmenden Konzentration von Reichtum entgegenzuwirken, braucht es greifende Massnahmen. In den vergangenen Jahren wurden jedoch mehrere Initiativen klar abgelehnt, welche Reiche mehr zur Kasse gebeten und Ärmeren direkt unter die Arme gegriffen hätten, etwa die 1:12-Initiative, die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen oder die Abstimmungen zur Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer oder eines Mindestlohns. So gibt es in der Schweiz, anders als in den meisten Ländern Europas, keinen gesetzlich verankerten Mindestlohn, der für alle Angestellten gilt. Dagegen wehrt sich vor allem die Gewerkschaft Unia.

Der allgemeinen Ohnmacht entgegenwirken

Gemäss dem Bundesamt für Statistik leben über eine halbe Million Menschen in der Schweiz unter der Armutsgrenze und zwar mit weniger als 2'240 Franken pro Monat. Die wohl wirksamste und direkteste Massnahme gegen die soziale Ungleichheit wäre die Umverteilung der Vermögenswerte durch Steuern und staatliche Transfers, wie es zum Beispiel die eidgenössische Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» der JUSO vorsieht. Kurz: Die 99 %-Initiative. Sie sieht vor, die Kapitaleinkommen des reichsten Prozents, wie Dividenden oder Zinsen, über einem festzulegenden Betrag höher zu besteuern. Mit den Einnahmen sollen dann diejenigen unterstützt werden, die hart für ihr Geld arbeiten. ■

Die 99 %-Initiative...

... schafft konsequente Rückverteilung!

Die Kassiererin in der Migros, der Versicherungsangestellte, die Lehrerin oder der selbständige Grafiker – sie alle arbeiten, um ihr Einkommen zu erzielen. Es gibt aber auch einige wenige Menschen, die nicht selbst für ihr Einkommen arbeiten müssen, sondern «ihr Geld für sich arbeiten» lassen. Dies geschieht durch Zinsen auf dem Bankkonto, Wertsteigerungen bei Immobilien oder Dividenden. Jeder Franken dieser Profite musste zuvor durch die restlichen 99 % der Bevölkerung erarbeitet werden. Mit der 99 %-Initiative holen wir uns zurück, was uns gehört!

... schafft Gerechtigkeit und bindet die Privilegien der Superreichen zurück!

Heute sind Kapitaleinkommen auf diverse Arten privilegiert. So müssen Grossaktionäre beispielsweise nur auf 60 % ihres Einkommens Steuern zahlen – während alle anderen ihr gesamtes Einkommen versteuern. Die 99 %-Initiative schafft endlich Gerechtigkeit und bindet die Privilegien der Superreichen zurück!

... bringt mehr Geld ins Portemonnaie!

Was als Kapitaleinkommen nach oben zu den Superreichen fliesst, fehlt unten bei den Löhnen. Die Mehreinnahmen der 99 %-Initiative werden für die Entlastung der Löhne verwendet. Gerade im aktuellen Kontext mit explodierenden Krankenkassenprämien und steigenden Mieten bleibt vielen Lohnabhängigen nicht genug Geld zum Leben. Mit der 99 %-Initiative wird dafür gesorgt, dass die mittleren und tiefen Einkommen steuerlich entlastet werden und wieder mehr Geld im Portemonnaie haben.

... bekämpft das Steuerdumping!

Im internationalen Steuerwettbewerb und der damit verbundenen fortschreitenden Senkung der Steuern für die Reichsten mischt die Schweiz ganz vorne mit. Durch die immer tieferen Steuern fehlt Geld in den Staatshaushalten – sowohl in der Schweiz als auch im Ausland. Dies führt zu Abbaumassnahmen in diversen Bereichen – bei Bildung, Gesundheit, Sicherheit und vielen mehr. Die Schweizer Dumping-Steuern dienen also nur den Reichsten und schaden allen anderen. Mit der 99 %-Initiative schaffen wir eine solidarischere Steuerpolitik und kämpfen damit gegen Abbaumassnahmen und die Macht des internationalen Kapitals.

... stärkt die Frauen!

Frauen erhalten nicht nur weniger Lohn, sie leisten auch viel mehr unbezahlte Arbeit und sind eher von Armut betroffen. Die 99 %-Initiative hilft, dieses Machtungleichgewicht zu korrigieren. Wir rücken die Arbeit – auch unbezahlte – wieder ins Zentrum. Mit den Mehreinnahmen wäre es zum Beispiel möglich, Kindertagesstätten und andere Betreuungseinrichtungen zu unterstützen – und somit Frauen ganz gezielt zu entlasten. Die 99 % anerkennt somit die riesige von Frauen geleistete Arbeit. ■

Höchste Zeit, die Weichen neu zu stellen

Nach Schätzungen der Weltbank leben gegenwärtig zehn Prozent oder rund 700 Millionen Menschen in extremer Armut. Sie müssen mit weniger als 1,90 Dollar pro Tag auskommen. Ende des vergangenen Jahrtausends waren es noch 30 Prozent der Weltbevölkerung, die als extrem arm galten und deren Tageseinkommen weniger als 1,25 Dollar betrug.

Ein Fortschritt, zweifelsohne. Dieser Rückgang der extremen Armut ist nicht nur auf die wirtschaftlichen Fortschritte in Indien und China zurückzuführen. Er verdankt sich in Teilen auch einer erfolgreichen Entwicklungshilfe. Deshalb braucht es für die derzeit Ärmsten mehr und bessere Entwicklungshilfe. Bei Bundesrat und Parlament ist von dieser Einsicht wenig zu spüren. Jahr für Jahr setzen sie bei der Entwicklungshilfe den Rotstift an. Statt endlich der Forderung der UNO nachzukommen und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bereit zu stellen.

Allerdings ist der Rückgang der extremen Armut nur die eine Seite der Medaille. Ökonomen wie Antony Atkinson, Branko Milanovic oder Thomas Piketty beobachten und analysieren einen anderen Megatrend, nämlich eine global wachsende Ungleichheit der Einkommen und der Vermögen. So erzielten 2016 die reichsten zehn Prozent im Nahen Osten 61 Prozent der Einkommen. Es folgten die Schwellenländer Brasilien und Indien, dann das Afrika südlich der Sahara. In den USA konzentrierten sich bei den zehn Prozent der Reichsten 47 Prozent der Einkommen, und in Europa waren es 37 Prozent.

Der Grund für diese wachsende Einkommens- und Vermögensschere: Die Einkommen aus Kapital – etwa Aktiengewinne – steigen im Vergleich zu den Löhnen ungleich stärker an. Und grosse Vermögen vermehren sich schneller als kleine. Ökonomen wie Piketty halten dies für eine ungute Entwicklung, die auch schädlich für die Wirtschaft ist. Die Konzentration der Vermögen, sagen sie, dämpft auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Wer reich ist, bringt verhältnismässig wenig Geld in den Umlauf.

Staatliche Eingriffe sind unverzichtbar, so die Ökonomen weiter. Diese müssen Steuerflucht und Geldwäsche verhindern. Notwendig sind auch progressive Steuern. Schliesslich soll eine Erbschaftssteuer auf grosse Vermögen einen Teil der Ungleichheit korrigieren. Die daraus entstehenden Ressourcen müssen in erster Linie in die Bildung investiert werden. Die Schweiz hat sich bisher in keinem dieser Steuerbereiche vorbildlich verhalten. Im Gegenteil: Der Souverän hat eine massvolle nationale Erbschaftssteuer – die gerechteste aller Steuern – an der Urne abgelehnt. Die Folgen des Bank- oder Steuerhinterziehungsgeheimnisses sind zur Genüge bekannt.

Es wäre nun höchste Zeit für die Einführung einer griffigen Kapitalgewinnsteuer. ■

Odilo Noti
Leiter Kommunikation und Marketing sowie Mitglied der Geschäftsleitung
Caritas Schweiz

Vortrag von Urs P. Gasche im Simplon Forum:

Kritisches Hinterfragen Fehlanzeige!

Urs P. Gasche war Chefredaktor der Berner Zeitung und moderierte anschliessend zehn Jahre die Sendung Kassensturz. Bis 2004 war er Mitherausgeber mehrerer Zeitschriften. Heute arbeitet er als freier Journalist insbesondere für die Internetzeitung Infosperber.

Naters | Welchen Medien kann man noch vertrauen? Dieser Frage ging Urs P. Gasche in seinem Vortrag nach. Er selbst ist Redaktor der Internetzeitung Infosperber und zeigte auf, wo die Medien in ihrer Aufklärungsrolle versagen. Silvia Eyer

Die Aufgabe von Journalisten sollte eigentlich klar sein: Sie recherchieren, decken auf und informieren. Und das sachlich und unparteiisch. Denn mit ihrer Berichterstattung tragen Journalisten zur Meinungsbildung bei. Damit erfüllen sie eine wichtige Aufgabe in einer Demokratie. Oder sollten sie zumindest. Denn welchen Medien kann man in Zeiten, in denen der Begriff «Fake News» täglich durch das Internet geistert und spätestens seit der Wahl des US-Präsidenten Trump in aller Munde ist, noch vertrauen?

Wenn Wortwahl in die Irre führt

In seinem Vortrag klärte Urs P. Gasche auf und zeichnete ein düsteres Bild der heutigen Medienlandschaft. Doch Fehlinformationen gab es schon früher. Man denke nur an die Pentagon-Papiere, in denen die Desinformation der Bevölkerung zum Vietnamkrieg bekannt wurde. Das war 1971. Bis heute habe sich nicht viel geändert. Grosse Konzerne und amtliche Stellen errichten eine Mauer aus PR-Angestellten um sich herum. Und die können auch Journalisten nur schwer durchbrechen. «Das merkt man besonders deutlich an der irreführenden Wortwahl von PR-Fachleuten, die von Journalisten oft übernommen wird. Ein gutes Beispiel dafür war die Schweizerische Vereinigung für Atomwirtschaft. Plötzlich war nicht mehr von hochradioaktiven Stoffen die Rede, sondern nur noch von hochaktiven Stoffen. PR-Leute haben den Begriff diktiert. Journalisten haben ihn übernommen.» Ein geplanter Schachzug, damit die Atomwirtschaft in besserem Licht dasteht. Der aktuellste Fall ist die Operation «Olivenzweig» der türkischen Militäroffensive. Der Name stammt aus der PR-Industrie und beherrscht derzeit die Schlagzeilen in den Medien weltweit. Auch hier wird ein Tatbestand durch die Wortwahl verharmlost, denn der Begriff erinnert an die Friedenstaube mit dem Zweig im Schnabel. In Tat und Wahrheit geht es aber um Krieg und Tötung.

Fünf Jahre lang hat Urs P. Gasche als Journalist den Umweltschutzkonflikt rund um die Alusuisse verfolgt. Daraus entstanden ist dieses Buch, das im Jahr 1981 im Verlag «Zytglogge» erschienen ist.

Im Vordergrund stehen Verkaufszahlen

Heute, so Gasche, gehören Zeitungen weitgehend grossen Verlagen, die vom Kapital regiert werden. Und da gehe es nicht mehr sosehr um kritisches Hinterfragen oder um das Aufdecken von Missständen. Nein. Im Vordergrund der Medienkonzerne stehen heute die Verkaufszahlen. Und das hat direkten Einfluss auf den Inhalt. Junge Journalisten lernen während ihrer Ausbildung in erster Linie, wie sich ihr Text am Besten verkaufen lässt. Wie man am meisten Klicks für einen Beitrag erhält. Der Inhalt steht nicht im Zentrum der Ausbildung. «Das sieht man in vielen Interviews, in denen ein reiner Fragekatalog abgearbeitet wird. Oft wird nicht mal auf die eigentliche Frage eingegangen. Und die Journalisten haken nicht nach», erklärt Gasche. Das Interview ist nur noch eine Darstellungsform für die bessere Lesbarkeit, statt einer Möglichkeit, kritische Fragen zu stellen und wenn nötig nachzubohren. Ein weiterer Punkt seien die Kenntnisse der Journalisten. Breites Allgemeinwissen reicht in vielen Belangen nicht aus. Doch es fehlt das Geld oder die Bereitschaft, Fachjournalisten zu beauftragen.

Aus den Augen, aus dem Sinn

Fast noch wichtiger als das, worüber berichtet wird, sei, worüber nicht berichtet wird. Ein Normalbürger, der die Tageszeitung seiner Region liest und sich nicht bei weiteren Medien informiert, könne das kaum feststellen. Ganz nach dem Motto: Worüber die Medien nicht berichten, das existiert in den Köpfen der Menschen nicht. Oder wann haben Sie zum letzten Mal etwas über die wirtschaftlich Schwächsten in der Schweiz gelesen? Beispiele dieser Art gibt es noch viele.

Was kann man als Leser nun tun?

Gasche erklärt: «Bei schlechten Artikeln fehlen die Quellenangaben. Es werden diffamierende Ausdrücke gebraucht, die auf fehlende Argumente hinweisen. Hingegen fehlen Argumente der Gegenposition.» Die Liste geht noch weiter. Informationen in einem Artikel müssen nachvollziehbar sein und die Beiträge erhalten keine pauschalen Urteile des Autors. Als einer der wichtigsten Punkte spricht Gasche aber die Intervention der Leser an. Denn reagieren Leser auf falsche Inhalte von Journalisten, fühlen sich diese beobachtet und recherchieren künftig besser.

Zum Schluss sei also gesagt: Urs P. Gasche verlangt nicht nur von Journalisten eine kritische Haltung, sondern auch von den Leserinnen und Lesern. ■

Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» eingereicht:

Stopp den Pestiziden und Antibiotika

Schweiz | Im Januar konnten die Verantwortlichen in Bern die eidgenössische Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» mit über 114'000 Unterschriften einreichen. Konkret sollen damit die landwirtschaftlichen Direktzahlungen umverteilt werden. Silvia Eyer

Die Initiative sieht vor, dass nur noch landwirtschaftliche Betriebe subventioniert werden, die keine Pestizide einsetzen und ihren Tieren keine vorbeugenden Antibiotika verabreichen. Ausserdem sollen Landwirtschaftsbetriebe nur noch so viele Tiere halten dürfen, wie sie vom eigenen Ackerland und ohne zusätzlichen Futtermittelimport ernähren können. Dadurch werden Wasser und Nahrungsmittel, die frei von Arzneimitteln, antibiotikaresistenten Bakterien, Pestiziden, Nitrat und anderen Schadstoffen sind, wieder zum Standard und für die ganze Bevölkerung erschwinglich. «Wir müssen anfangen umzudenken, eine ökologische Landwirtschaft muss in Zukunft der Normalfall sein», erklärt die Initiantin Franziska Herren gegenüber der WOZ.

Ziel des Bundes weit verfehlt

Pro Jahr werden in der Schweiz über 2'000 Tonnen Pflanzenschutzmittel versprüht. Das Ziel des Bundes, diese auf 1'500 Tonnen zu reduzieren, wird seit vielen Jahren verfehlt. Doch statt das Problem zu lösen, will der Bund die gesetzlichen Grenzwerte erhöhen. Ein weiteres Problem in der Schweizer Landwirtschaft stellt zudem der Bedarf an Proteinen für die Tierproduktion dar. Dieser wird bisher vor allem über Soja aus dem Ausland gedeckt. Diese Importe sorgen wegen der langen Transportwege aus Südamerika und wegen der Rodung von Urwald für den Sojaanbau regelmässig für negative Schlagzeilen. Mit der Annahme der Initiative wäre damit nun Schluss. Wird die Initiative angenommen, muss sie nicht von einem auf den anderen Tag umgesetzt werden, sondern innert acht Jahren. Somit bliebe den landwirtschaftlichen Betrieben genügend Zeit für eine Umstellung. Das Wallis würde bei der Annahme der Initiative definitiv auf der Gewinnerseite stehen. Denn die Wertschöpfung der Walliser Landwirtschaft ist heute sehr klein, weil wenig landwirtschaftlicher Boden vorhanden ist. Mit Annahme der Initiative würden die Direktzahlungen umverteilt, wovon vor allem Randregionen wie das Oberwallis profitieren könnten. ■

Stellung der Grünen Partei Oberwallis

Die Grünen unterstützen die Trinkwasser-Initiative. Die Delegierten haben dies am 28. Oktober 2017 beschlossen. Die Trinkwasser-Initiative greift ein zentrales grünes Anliegen auf, bei dem das Parlament nicht schnell genug vorwärts macht. Es gibt zwar kleine Erfolge – der Bundesrat hat zum Beispiel beschlossen, das Postulat von Adèle Thorens für die Prüfung eines schrittweisen Glyphosat-Ausstiegs zur Annahme zu empfehlen –, das reicht aber nicht. Zudem ist der Aktionsplan Pflanzenschutzmittel des Bundesrates völlig unzureichend.

Die Trinkwasser-Initiative kommt zum richtigen Zeitpunkt, um unseren Anliegen kräftigen Nachdruck zu verleihen. Die Initiative wird eine Debatte auslösen, die wichtig ist. Allerdings ist der Text der Initiative noch interpretationsbedürftig: Es muss vor allem geklärt werden, was alles unter «Pestiziden» verstanden wird, denn es gibt auch biologische Pflanzenschutzmittel.

Der Pestizideinsatz im Wallis ist bedenklich, da nicht einmal die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden. Sogar der Aktionsplan Pflanzenschutzmittel des Bundes bemängelt, dass man aus dem Wallis schlicht zu wenig Daten hat.

Zurzeit steht für die Grünen aber klar die eigene Fair-Food-Initiative im Vordergrund. Sie kommt im Herbst zur Abstimmung. Die Initiative fordert unter anderem eine umweltfreundliche Landwirtschaft und damit auch eine Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Zahlreiche europäische Länder sind in dieser Sache weiter als die Schweiz. Die Initiative will die Förderung von Lebensmitteln aus einer naturnahen und tierfreundlichen Landwirtschaft. Auch Esswaren, die nicht in der Schweiz produziert werden, sollen diese Anforderungen erfüllen. ■

Brigitte Wolf: Präsidentin Grüne Partei Oberwallis

Mehr zur Fair-Food-Initiative:
http://bit.ly/1mbHktk

Walliser Winzer versprühen Gift:
http://bit.ly/2GqMv6i

Stromschlag: Sion und Sierre fusionieren

Lieber spät als nie

Sion/Sierre | Vor 20 Jahren waren die FMV wieder einmal kurz vor der Pleite. Beat Jost hat als Berichterstatter der zuständigen Kommission einen ausgezeichneten Bericht zur Lage verfasst. Und aufgezeigt, wohin die Reise hätte gehen müssen. RA

Nämlich: Erstens die Schaffung einer einzigen Verteilgesellschaft für das ganze Wallis. Zweitens der gemeinsame Betrieb der Kraftwerke, welche der FMV und den Verteilgesellschaften gehören. Und drittens der Kauf von Kraftwerken, die in das Portfolio dieser neuen und starken Gesellschaft passen. Damals hätte man Mattmark – da die Preise tief waren – für ein Butterbrot kaufen können.

Zwei Eigengoals der Extraklasse

Neben anderen hat federführend Rolf Escher diese schon damals überfällige Fusion verhindert. Genauso wie Rolf Escher in Bern verhindert hat, dass das Hochspannungsnetz verstaatlicht wird. Obwohl sein Parteifreund Carlo Schmid dafür eintrat. Zwei Eigengoals der Extraklasse. Danach filetierten die Verwaltungsräte der EnAlpin im Interesse der deutschen Eigentümer die Stromnetze. Ihre Namen: René Imoberdorf, Christoph Darbellay und Willhelm Schnyder. Alle drei energiepolitische Nichtschwimmer. Fast jedes Dorf in ihrem Einflussbereich bekam einen eigenen Verwaltungsrat. Einmal im Jahr kamen die ortseigenen Männerstübli mit einem Foto im Walliser Boten. Gut betreut und umsorgt von René Dirren. Der Staatsrat schaute diesem bunten Verwaltungsratstreiben einfach zu. Ein Hoch auf den Dörfligeist im Sinne von Staatsrat Richard Gertschen selig.

Über den Tisch gezogen

Zurzeit wollen Gommer Gemeinden die EnBAG verlassen, weil der Verwaltungsrat der EnBAG die Gommer Gemeinden nachweislich über den Tisch gezogen hat. Wer mehr wissen will, kann sich beim alten Gemeindepräsidenten der Grafschaft, Beat Mutter, erkundigen. Ganz anders funktioniert das welsche Wallis. In der Region Sitten und Siders gibt es zwei Elektrizitätswerke. Diese sind vielerorts auch für die Wasserversorgung, die Glasfasernetze und das Kabelfernsehen zuständig. Beide gehören den Gemeinden. Die 26 so versorgten Gemeinden haben beschlossen, ihre Verteilwerke bis 2020 zusammenzulegen. Um Synergien zu nutzen und am Markt zu bestehen. Das neue Unternehmen wird 90'000 Haushalte versorgen. Vier Mal mehr als die EnBAG. 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden die Region mit Strom, Wasser, Glasfasernetzen und Fernsehprogrammen versorgen. Zusammen werden sie 2020 absehbar einen Umsatz von 200 Millionen Franken machen. Sieben Mal mehr als die in der Krise steckende EnBAG. Immerhin hat der neue starke Mann im Verwaltungsrat der EnBAG, Beat Britsch, begriffen, dass das Unternehmen zu klein ist und dringend Synergien nutzen müsste.

Werden der Erkenntnis Taten folgen? ■

Fredy Bayard übernimmt Mengis

Seine Mama kämpfte noch als kommunistische Partisanin gegen Mussolini

Visp | Alle gingen davon aus, dass früher oder später der Tagesanzeiger oder Blocher den Walliser Boten übernehmen würde. Das Szenario hätte folgendermassen ausgesehen: RA

- Aufgabe der Druckerei. So wie dies Ringier in Adliswil gemacht hat.
- Übernahme des Zeitungsmantels. So wie das beim Berner Oberländer bereits der Fall ist und es Lebrument und Blocher auch in Graubünden machen wollten.
- Für den Rest bleibt eine Lokalredaktion zuständig. Wobei man zugeben muss, dass diese etwa im Fall des Berner Oberländers einen guten Job macht.

Dieses Szenario wird sich, zumindest vorerst, nicht realisieren. Der «businessman» – so David Biner – wechselt von der Mode zu den Medien. Nachdem er zwischenzeitlich gemäss Medienberichten etwas Richtung Rom gepilgert sein soll. Ohne bisher sein Ziel zu erreichen. Es erging ihm gleich wie den CVP-Sündern Darbellay und Buttet, die sich, statt gemeinsam nach Santiago de Compostela zu pilgern, neu gegenseitig aus dem Weg gehen. Der Vater von Fredy Bayard war ein liberaler Christlichsozialer. Auch dank ihm konnten Mitglieder der Roten Anneliese und des Kritischen Oberwallis im Spital Visp als Assistenten arbeiten. Obwohl damals die Schwarzen und Gelben im Oberwallis ein faktisches Berufsverbot gegen die Freunde des Fortschritts durchgesetzt hatten. Der Mathematiker Peter Seiler durfte nicht Professor am Kollegium werden, obwohl er mit Abstand die besten Qualifikationen aufweisen konnte. Der Staatsrat weigerte sich, die bereits erfolgte Anstellung von Stefan Niklaus als Psychologe in La Castallie zu genehmigen.

Die Mutter von Fredy Bayard kämpfte in der Emilia Romagna als kommunistische Partisanin gegen Mussolini und die Faschisten. Wenn diese Geschichte der Familie die nächste Generation etwas mitprägt, dann dürfte sich bei der Mengis Gruppe einiges bewegen. Vielleicht.

- Es gibt keinen Grund warum das Oberwallis immer nur Druckaufträge verliert. Warum werden wir nicht zu einem digitalen Druck-Valley? Seit drei Jahren steht die HP 400 weitgehend ungenutzt in Pomona herum.

- Auch der Walliser Bote als Zeitung könnte redaktionell lockerer, attraktiver, unterhaltsamer und kritischer werden. Er hat leider das Seine dazu beigetragen, dass aus der einst neben Basel-Stadt, Genf und Jura politisch fortschrittlichsten Region teilweise ein SVP-Sumpf wurde.

Die Rote Anneliese wird die Entwicklung beim Walliser Boten kritisch verfolgen und laufend kommentieren. ■

Masseneinwanderungs-Initiative leider umgesetzt:

Zuwanderung halbiert, Zermatt leidet

Zermatt, St. Niklaus, Visp | Die Zuwanderung in der Schweiz nimmt massiv ab. Sie hat sich seit 2008 faktisch halbiert. Der wichtigste Grund ist die Politik der Nationalbank. Sie hat – wie eine Studie von Franz Jäger zeigt – 100'000 Arbeitsplätze zerstört oder nicht entstehen lassen. RA

Im Jahr 2017 sind mehr Portugiesen in ihre Heimat zurückgekehrt als dass neue Portugiesen in die Schweiz eingewandert sind. Das hat im Wesentlichen drei Gründe. Erstens: Die ewige Hatz der SVP auf die Ausländerinnen und Ausländer geht diesen immer mehr auf die Nieren. Sie leisten gute Arbeit und werden von den rechten Hetzern ständig verdreckt. Zweitens: Die linke Regierung in Portugal macht eine erstaunlich gute Politik. Sie setzt nicht auf blindes Sparen, sondern auf mehr Investitionen und Kaufkraft. Und deshalb erholt sich das Land wirtschaftlich schneller als vorausgesagt. Immer mehr Portugiesinnen und Portugiesen finden einen Job. Drittens: Reiche Ausländer werden ins Wallis gelockt. Mit Steuergeschenken. So hat der vier Milliarden Franken schwere Bankier Saffra neu seinen Steuersitz in Crans-Montana. Viele aufmerksame Nachbarn wollen ihn selten bis nie im Mittelwallis gesehen haben. Ein Fall für unseren Polizeikommandanten, der sonst so viel von Videoüberwachung hält. Anders geht man mit den portugiesischen Fremdarbeitern um, die in ihrer Heimat das Haus der Eltern renoviert haben. Und dies in ihrer Schweizer Steuererklärung nicht angegeben haben. Sie müssen Steuern nachzahlen. Das fördert die Rückkehr in ihre Heimat.

Das Resultat: Vorab in Zermatt können viele Stellen nicht mehr besetzt werden. Noch kann jede und jeder die Abstimmungsarena vom 17. Januar 2014 nachschauen. Auf der Homepage wird die entscheidende Sequenz wie folgt zusammengefasst: «FDP-Vizepräsident Christian Wasserfallen wirft Amstutz vor, den Kompass völlig verloren zu haben. Er kritisiert den Initiaivtext der SVP als zu ungenau. So spreche die SVP zwar von jährlichen Höchstzahlen, könne selbst aber keine nennen. Amstutz entgegnete, es sollten zwischen 42'000 und 46'000 Personen pro Jahr einreisen dürfen, so viele wie während der ersten Phase der Bilateralen zwischen 2002 und 2007.» Das Ziel der Initiative ist erfüllt. Man hätte es volkswirtschaftlich auch intelligenter machen können. Über Erhöhung der Produktivität dank steigenden Löhnen. Jetzt will die SVP dem Oberwallis mit ihrer neuen Initiative noch mehr schaden. Und die Bilateralen abschiessen. Dabei sind diese gerade für die Scintilla und die Lonza äusserst wichtig.

Ist der Biffiger in und für St. Nikolaus wirklich tiffiger? Wir sind gespannt, wie der neue Gemeindepräsident zur SVP-Initiative für die Abschaffung der Bilateralen steht. ■

Ehemaliger Redaktor der Roten Anneliese auf infosperber:

Mit dem Puppenhaus gegen No Billag

Bild: Tobias Tscherrig

Schweiz | Die No-Billag-Initiative bedroht die Existenz von 35 regionalen TV- und Radiostationen. Ein Beispiel von der Front.

Tobias Tscherrig

Die Blicke der Fernsehjournalisten wandern immer wieder zu einem bestimmten Punkt an der weissgetünchten Wand. Hier flackert ein Bildschirm, er zeigt die aktuelle Sendung: Resultat von stundenlanger Arbeit, Leistungsausweis der Angestellten.

Läuft der eigene Beitrag, springen sie auf und platzieren sich vor dem Gerät. Haareraufen, Fingernägelkauen, Aufatmen. Seufzer der Erleichterung begleiten gelungene Bildübergänge, ärgerliches Kopfschütteln die Fehler. Die Zuschauer bemerken die wenigsten, die Journalisten bewerten ihre Arbeit trotzdem an ihren eigenen Massstäben. Professionelle Massstäbe.

Freitagabend, in der Redaktion des Walliser Regionalfernsehsenders Kanal 9: Obwohl die Newssendung bereits läuft, schneiden einige Journalisten noch immer an ihren Beiträgen. Wie in einem Schützengraben verschanzen sie sich hinter den Bildschirmen. Der Feind: die immer knapper werdende Zeit – und der Ruf des Wochenendes. Geflissentlich ignorieren sie ihn, wollen erst liefern und später geniessen. Oder, wahrscheinlicher: Sie geniessen bereits. Es riecht nicht nur nach Arbeit, der Duft von Engagement liegt in der Luft.

Anders geht es nicht. Die Karriere, das grosse Geld: Für die allermeisten Journalisten sind das bestenfalls Tagträume. Wenn überhaupt. Mickrige Löhne, unsichere Anstellungsverhältnisse und krude Praktika, unbezahlte Überzeit, Wochenend-, und Schichtarbeit, schlechte Sozialleistungen, Stress und Druck. Das ist die Welt von vielen (jungen) Journalisten.

Gequältes Gemurmel, Flüche, das hektische Klicken von Computermäusen. Die Redaktion von Kanal 9 vibriert. Täglich berichtet sie über lokale Geschehnisse, produziert Nachrichten, informelle Beiträge, Unterhaltung. Sicher, die wenigsten gesendeten Beiträge sind recherchierte Scoops, die die Welt verändern. Aber alles hat den lokalen Bezug, spielt sich vor der Haustüre der Zuschauerinnen und Zuschauer ab. Informationen und Geschichten aus dem unmittelbaren Umfeld. Ohne solche Redaktionen wären Randregionen Informationswüsten.

Bei einer Annahme der No Billag-Initiative wird diesen Redaktionen der Geldhahn zugedreht. 13 Regionalfernsehsender und 21 lokale Radiostationen erhalten pro Jahr insgesamt 67,5 Millionen Franken aus dem Gebührentopf der Billag. Ab 2019 sind es 81 Millionen. Ohne dieses Geld werden viele regionale Informationsangebote verschwinden.

Die Lücke könnte kaum gefüllt werden. Wie auch? Die grossen Verlage haben sich längst vom journalistischen Kerngeschäft verabschiedet. Ihre lokalen Korrespondentennetze haben sie abgebaut. Sie konzentrieren sich auf die grossen Geschichten, die meistens in den urbanen Gebieten stattfinden. Aus Kostengründen streichen sie Stellen oder fusionieren, der mediale Einheitsbrei ist in Reichweite. Wer also soll die Lücken füllen? Christoph Blocher, der seinen politischen Einfluss mit dem Kauf von Medienhäusern zementiert? Andere Interessenten sind Mangelware.

Freitagabend, 19.15 Uhr. Einige der Fernsehjournalisten haben Feierabend. Einer erzählt von seinem Werbespot gegen die No Billag-Initiative. Für rund 40 Franken kaufte er ein Puppenhaus. Es dient als Kulisse für eine Geschichte, in deren Mittelpunkt eine Maus steht, die nach einem Streit zwischen zwei Menschen einen Einfränkler abstaubt und dann als einzige im Haus noch Fernsehprogramme aus der Schweiz empfängt. So was in der Art. Der Journalist lacht, als er seine Idee erzählt. Er findet sie gut – und das muss er auch. Immerhin ist er persönlich betroffen, bei einer Annahme der Initiative verliert er mit einiger Wahrscheinlichkeit seinen Job. Daneben ist er noch im künstlerischen Filmdreh tätig, ein schwacher Trost. Kunst und Kultur würden bei Annahme der Initiative ebenfalls verlieren.

Einen Franken am Tag. So viel kosten die Billag-Gebühren ab dem Jahr 2019. Dafür erhält die Schweiz niederschwellig angebotene Informationen. Die gesamte Schweiz. Sprachliche Minderheiten werden bedient, ebenso die unteren Gesellschaftsschichten, die sich teures Pay-TV und andere Medienabonnemente wohl kaum leisten könnten. Randregionen erhalten die Informationen, die ihnen zustehen. Die Werbegelder fliessen nicht zu ausländischen Medienanbietern.

Nach Annahme der Initiative gäbe es hingegen nicht mal mehr eine unabhängige Beschwerdeinstanz. Wer sich dann über eine Sendung beschweren will, muss den teuren Rechtsweg wählen, eine simple Beschwerde reicht nicht mehr. Ganz zu schweigen von dem Informations- und Bildungsauftrag der SRG, die durch nichts ersetzt würden. Stattdessen würden die Radio- und Fernsehkonzessionen an die Meistbietenden verschachert. Und wer finanziert die Programme in der Westschweiz und im Tessin? Der Staat? Staatsfernsehen und -radio?

Who cares? Hauptsache, die unliebsamen «Zwangsgebühren» werden abgeschafft. ■

Tobias Tscherrig – erschienen am 24. Januar 2018 auf infosperber.ch

Bildquelle: Muhd Asyraaf/unsplash.com

Olympia-Finanzen: Fass ohne Boden!

Text von: Gilbert Truffer, Visp
Grossrat und SPO-Co-Präsident

Christian Constantin ist Präsident des FC Sitten. Und darüber hinaus ein erfolgreicher und wenig zimperlicher Geschäftsmann. Es war seine Idee, Sitten und das Wallis wieder an olympische Winterspiele heranzubringen. Als Co-Präsident des Initiativkomitees Sion2026 musste er zurücktreten, weil er im Stadio Cornaredo den Sportkommentator Fringer zu Fall brachte und klopfte. Der andere Co-Präsident, der Waadtländer Jean-Philippe Rochat, stolperte über die Panamapapiere seiner Anwaltskanzlei und nahm sich so ebenfalls aus dem Rennen. In der Not übernahm SVP-Nationalrat Jürg Stahl das Ruder. Dieser schwänzte die Delegiertenversammlung seiner Partei in Genf, vergnügte sich an einem Cüpli-Anlass und unterliess es, vor den Delegierten der Sünneli-Partei gegen die No-Billag-Initiative Stellung zu nehmen. Wie man in der Schweiz olympische Spiele ohne die SRG organisieren könnte…

Es stimmt: Das Projekt Sion2026 kann und darf nicht mit Sotchi verglichen werden. Es wird auf bestehende Infrastrukturen gesetzt, auf Neubauten wird weitgehend verzichtet. Und trotzdem: Wie nachhaltig ist es, die neue Visper Eis-Arena im Jahr 2025 (Test-Event) und dann ein Jahr später an den olympischen Spielen in eine Curling-Arena umzubauen und dafür 2'700'000 Franken auszugeben? Und gleichzeitig den EHC Visp und seine Anhänger zweimal während rund 5 Monaten aus der Eishalle zu verdrängen? Nicht zu Unrecht sind die Visper Hockeyfans schon jetzt sehr sauer. Auch sie werden am 10. Juni Nein stimmen.

> «Es bleibt die Frage zu klären, wer ein Defizit übernimmt»

Viele Fragen sind offen. Vorab jene, wer ein Defizit in der Betriebsrechnung der Spiele übernimmt. Der Bund hat seinen Beitrag fix gedeckelt. Es braucht dort noch die Zustimmung des Parlaments, wo die Olympia-Kritiker von SP, den Grünen und der SVP eine Mehrheit haben. Auch der Kanton hat seinen Beitrag gedeckelt: Mehr als 60 Millionen in die Infrastruktur und 40 Millionen in den Betrieb der Spiele soll es aus der Staatskasse nicht geben. Und auch die Gemeinden wollen keinen Heller geben – so zumindest der Visper Gemeindepräsident an der Urversammlung. Wer also zahlt die Zeche? Die olympische Charta ist klar: Alle Unterzeichner des Host-City-Vertrages haften für alle Verbindlichkeiten solidarisch und unbegrenzt. Wer diesen Vertrag aber unterzeichnen wird, will derzeit niemand verraten. Klar ist, dass die Stadt Sitten unterschreiben muss. Genau das löste bei der Debatte im Stadtparlament von Sitten grosse Kritik aus – bis in die Reihen der CVP.

Beim Betrieb kann es kein Defizit geben

Das ist die Devise der Olympia-Vorturner Stahl, Stöckli und Favre. Wer zahlt aber die massiv steigenden Sicherheitskosten, wenn beispielsweise ein paar Wochen vor der Olympiade irgendwelche Terroristen in Genf Leute über den Haufen schiessen und die Sicherheitsmassnahmen für die Spiele um Faktor zwei steigen? Was geschieht, wenn heftige Schneefälle den halben Kanton lahmlegen und beispielsweise das Goms voll abgeschnitten ist? Wer kommt für den Ausfall von budgetierten Sponsoren-Geldern auf, wenn die Doping-verseuchten Spiele noch mehr in Verruf geraten? Und wer zahlt am Ende des Tages die Rechnung, wenn sich keine privaten Investoren für den Bau des olympischen Dorfes bei Sitten engagieren? Jetzt schon stehen nämlich zwischen Siders und Sitten rund 700 Wohnungen leer.

Auf der politischen Ebene ist die FDP der grosse Motor von Sion2026. Allen voran Staatsrat Favre, der mit lächerlichen TV-Interviews aus Pyoengchang auf sich aufmerksam machte und erzählte, wie doch die Leute dort vom Verkauf von heisser Schokolade profitieren würden. Auch der neoliberale Nationalrat Philippe Nantermod sieht nur noch olympische Ringe, und nicht mal der ehemalige Bundesrat Couchepin meldet sich kritisch zu Wort. Offensichtlich zu wichtig, die blauen Reihen geschlossen zu halten.

Christian Constantin, der abgehalfterte Co-Präsident, ist wieder im Rennen. Er lancierte auf dem Gipfel des Matterhorns im Beisein von Christophe Darbellay das Entfachen einer Flamme. Gespiesen aus einem Ölfass und im Lärm von vier Helikoptern, die um die Spitze des schönsten Bergs der Welt kreisten. Nachhaltigkeit sieht anders aus. Aber das Event offenbart den sogenannten neuen olympischen Geist: Rückwärtsgewandt, ohne Rücksicht auf die Natur. ■

> «Nachhaltigkeit sieht ganz anders aus»

Der Wahlbetrug 2017 geht in die nächste Runde:

Jetzt wird der Ball den Betroffenen zugespielt

Wallis | Die Geschichte ist nicht neu. Ein fanatischer Parteigänger der SVP hat bei den Gross- und Staatsratswahlen im vergangenen März Wahlcouverts gestohlen, die Unterschriften gefälscht und für Kandidaten der SVP gestimmt. Neu ist, wie der Fall jetzt weiter geht. Silvia Eyer

Ende Januar erhielten die Geschädigten einen Brief der Walliser Staatsanwaltschaft. Innerhalb der kurzen Zeit von zehn Tagen durften diese den Täter wegen eines geringfügigen Diebstahls privat anzeigen. Auf die Frage hin, wie viele Geschädigte diese Möglichkeit genutzt hätten, wollte sich Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold der Roten Anneliese gegenüber nicht äussern. Sowieso ist dieses Vorgehen äusserst fragwürdig. Es geht in diesem Fall um Wahlbetrug, der ein Offizialdelikt darstellt. Und bei einem solchen muss die Staatsanwaltschaft von Amtes wegen handeln, auch ohne Strafanzeige.

Staatsanwaltschaft zu beschäftigt?

Obwohl Rinaldo Arnold die Fragen der Roten Anneliese nicht beantworten wollte, lieferte er vor einigen Tagen der NZZ eine Stellungnahme. Hier betonte er, ein solches Vorgehen sei völlig normal. Die Geschädigten hätten erst jetzt Post erhalten, weil komplexe und zeitlich aufwändige Abklärungen nötig gewesen seien. Doch zu konkreten Zahlen äusserte er sich auch hier nicht. Nur so viel: Es seien «ziemlich viele» Rückmeldungen eingegangen. Was wir uns darunter vorstellen dürfen, bleibt offen. Weiter stellt sich die Frage, was die Staatsanwaltschaft in den vergangenen Monaten zu diesem Fall überhaupt unternommen hat. Ein paar Briefe an die Betroffenen zu schicken, kann schliesslich nicht das Ergebnis sein. Auch auf den nächstlogischen Schritt der Staatsanwaltschaft, nämlich einen Zeugenaufruf zu starten, hat die Bevölkerung vergeblich gewartet. Wie Arnold gegenüber der NZZ betonte, sei das Ermittlungsverfahren grösstenteils abgeschlossen und weitere Ermittlungshandlungen seien nicht vorgesehen.

Wann liegen Ergebnisse auf dem Tisch?

Bis endlich eine Anklage in diesem Fall erhoben wird und Ergebnisse auf dem Tisch liegen, kann es noch eine Weile dauern. Denn der im vergangenen März abgewählte und durch den Wahlbetrug mutmasslich geschädigte CVP-Grossrat Andreas Zenklusen verlangte Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft. Das jedoch wurde von dieser abgelehnt. Nun reichte Zenklusen Beschwerde beim Kantonsgericht ein. Diese blockiere derzeit den weiteren Verlauf des Verfahrens, lautet die offizielle Ausrede. Wann denn nun endlich Ergebnisse zum Wahlbetrug auf dem Tisch liegen, bleibt also weiterhin unklar. Die Frage stellt sich: Wie sollen wir uns dieses offensichtliche Versagen der Staatsanwaltschaft erklären? Die Fragen der Roten Anneliese bleiben von Rinaldo Arnold unbeantwortet. Der Grund: Es handle sich um ein laufendes Verfahren. Er bittet um Kenntnisnahme. Die Staatsanwaltschaft ist jedoch befugt, während eines laufenden Verfahrens zu informieren und macht das auch regelmässig. Und im Fall der Wahlfälschung, die von grossem öffentlichem Interesse ist, müsste sie es tun.

Die Rote Anneliese bleibt weiterhin an dem Thema dran. ■

Rinaldo ARNOLD — Eingang - Rote Anneliese 14:06 — RA

Fragen

An: rote.anneliese@rhone.ch

Sehr geehrte Frau Eyer

Ihre E-Mail mit den Fragen habe ich erhalten. Bei der von Ihnen angesprochenen Angelegenheit handelt es sich um ein laufendes Verfahren und es ist derzeit nicht angebracht weitere Auskünfte zu erteilen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Rinaldo Arnold
Oberstaatsanwalt

MINISTERE PUBLIC DU CANTON DU VALAIS
STAATSANWALTSCHAFT DES KANTONS WALLIS
Amt der Region Oberwallis
Kantonsstrasse 6
Postfach 540
3930 Visp

Tel. +41 27 607 85 50
Fax +41 27 607 85 54
rinaldo.arnold@mp-sta.vs.ch

Rote Anneliese — Gesendet - Rote Anneliese 11:10 — RA

Wahlbetrug SVP

An: sta-ow@mp-sta.vs.ch

Guten Tag

Anbei finden Sie einige Fragen an den Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold zum Fall Wahlbetrug der SVP und die von der Staatsanwaltschaft versandten Briefe an die Geschädigten mit der Bitte um Beantwortung.

- Wie viele Geschädigte sind in den Fall des Wahlbetrugs involviert und haben einen solchen Brief erhalten?

- Wie viele der Geschädigten haben nun eine Strafanzeige eingereicht?

- In einem Fall von Wahlbetrug, der ein Delikt darstellt, muss die Staatsanwaltschaft ohne Anzeige handeln. Wieso also ist man diesen Schritt gegangen und hat diese Briefe an die Geschädigten versandt?

- Welche anderen Schritte wurden seitens der Staatsanwaltschaft in den vergangenen Monaten unternommen?

- Wieso wurde kein Zeugenaufruf seitens der Staatsanwaltschaft unternommen?

- Wann liegen denn nun die Ergebnisse zu diesem Fall auf dem Tisch?

- Was ist mit dem auf Ende 2017 versprochenen Bericht zum Fall?

- Stimmt die Ausrede, dass die Staatsanwaltschaft keine Klageschrift einreichen kann, weil der durch den Wahlbetrug geschädigte Andreas Zenklusen Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht hat?

Herr Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold war für die Rote Anneliese zu keiner Stellungnahme bereit.

Briger Richter und Stadtschreiber Eduard Brogli heimlich gefilmt und abgehört:

Pleiten, Pech & Pannen

Brig | Die Bundesanwaltschaft liess zu, dass Techniker der italienischen Anti-Mafia-Polizei DIA in der Bocciahalle in Brig Kameras und Mikrophone installierten. Frank Garbely

Eduard Brogli: Briger Stadtschreiber und 1999 kurz Anwalt von Fortunato Maesano.

Brig. 17. August 2006. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, um 0.30 Uhr, stiegen ein paar Männer heimlich ins Gebäude der Bocciahalle ein. Als sie kurz vor Tagesanbruch, eine Kirchenuhr hatte eben 5 Uhr geschlagen, herausgeschlichen kamen und sich aus dem Staub machten, stand die Überwachungsanlage. Die Techniker hatten zwei Kameras und zwei Mikrophone installiert und sehr gut getarnt. Kabel und technische Geräte waren clever in die Decke eingebaut, eines der Mikrophone in der Wand direkt neben jenem Tisch, den Fortunato Maesano und seine Freunde bevorzugten. Alles war perfekt gelaufen: «Es gab keine Panne und es wurde nichts beschädigt», notierte Kommissar «37649» in seinem Tagesrapport. Noch am selben Tag, Punkt 22.00 Uhr, schalteten die Techniker die Anlage erstmals ein. Ab sofort konnten Fahnder der «Operation Feigenbaum» auf ihren Bildschirmen verfolgen, mit wem Fortunato Maesano und Francesco Romeo oder Giuliano Mafrici oder Bruno Pizzi in der Bocciahalle zusammensassen. Und sie konnten vor allem auch mithören, worüber sie sprachen.

Bereits am zweiten Tag fiel der Ton aus, dann wiederum das Bild und schliesslich sogar Ton und Bild. Die Techniker versprachen, die Panne zu beheben. Doch dafür mussten sie nochmals in das Gebäude der Bocciahalle einsteigen - nachts und heimlich. Es dauerte beinahe eine Woche, bis sich eine passende Gelegenheit bot. Solange war die Leitung tot. Erst ab dem 25. August klappte die Datenübertragung wiederum. Kaum war die technische Panne behoben, gab es ein neues Problem. Die Videoüberwachung war an klare Auflagen geknüpft: «Die Video- und Tonüberwachung muss auf die Stelle beschränkt sein, wo die Verdächtigen jeweils zusammensitzen.» Diese Auflage war kaum einzuhalten. Grund: Die beiden Überwachungskameras zeigten ziemlich grosse Ausschnitte; nie filmten sie allein die Verdächtigen, sondern immer auch Personen, die nicht hätten observiert werden dürfen. Das war ärgerlich. Jetzt mussten alle Aufzeichnungen gelöscht und geschreddert werden. Und die Techniker musste eine neue Anlage einbauen.

1. September 2006. Noch eine Panne. Wieder machten die Mikrophone schlapp. Dieses Mal dauerte es geschlagene zwei Wochen, bis der Schaden wieder behoben war. Zeitweise geriet die Überwachung der Bocciahalle gar zur Lachnummer. «Sheriff» Patrick Lamon und seine Fahnder hatten in ihrem Übereifer auch hohe Magistraten und bekannte Briger Beamte heimlich gefilmt und ihre Gespräche aufgezeichnet. In der Tat, in der Bocciahalle verkehrten damals nicht nur mutmassliche Mafiosi, sondern auch Briger Richter, ebenso Stadtschreiber Eduard Brogli. Wenn sie nach Feierabend ein Bier trinken oder ungestört reden wollten, gingen sie nicht in eines der bekannten Briger Bistros, sondern wählten den diskreten Privatclub Bocciahalle.

Am 25. Oktober wurden die Überwachungskameras und Mikrophone definitiv abgeschaltet, «aus technischen Gründen», wie es im Einstellungsbeschluss hiess. Was hatte die dreimonatige Überwachung gebracht? Nichts als Pleiten, Pech und Pannen. Die einzige gesicherte Ermittlungserkenntnis war: «Wir konnten immerhin feststellen, dass die Bocciahalle die offiziellen Öffnungszeiten nicht einhält». Erschreckend der Dilettantismus mit dem «Sheriff» Patrick Lamon und seine Fahnder – alle Angehörige der Bundeskriminalpolizei – ans Werk gingen. Doch das war nicht alles. Womöglich verbirgt sich hinter der stümperhaften Video-Überwachung in Brig ein handfester Skandal.

Die Techniker, welche die Überwachungsanlage einbauten, gehörten weder zur Bundespolizei noch zu einer anderen Schweizer Polizei. Sie kamen aus Italien und waren Mitarbeiter der NETWORK SECURITY ACTIVITY (NSA), eine völlig unbekannte Sicherheitsfirma aus Cigognola, ein kleines Nest ein paar Kilometer südlich von Pavia. Die NSA-Techniker lieferten auch die Kameras und Mikrophone, für die sie pro Tag 480 Euro verrechneten. Und sie waren es, die für die Übermittlung der Aufnahmen besorgt waren. Dazu benutzten sie zwei Mobiltelefone, beide mit italienischem Anschluss. Kostenpunkt für einen Monat: 2'100 Euro. Doch eigentlich gab es die NSA nicht. In Tat und Wahrheit handelte es sich um eine Tarnfirma. Unsere Recherchen haben ergeben: Hinter der NSA verbirgt sich niemand anders als die italienische Anti-Mafia-Polizei DIA.

Wieso setzte Patrick Lamon, Staatsanwalt des Bundes und Leiter der «Operation Feigenbaum», nicht eigene Techniker ein? Immerhin verfügten Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei über bestens ausgebildete Abhörspezialisten. War es rechtens, Ausländer mit diesem Job zu betrauen? Wurden die Aufnahmen aus der Bocciahalle in Brig ausschliesslich an das Team von «Sheriff» Patrick Lamon übermittelt oder eventuell auch an italienische Polizei- und/oder Ermittlungsbehörden? Fragen über Fragen.

Zu diesen Fragen schickte uns die Bundesanwaltschaft folgende Stellungnahme: «Das Verfahren wurde gemäss der damals geltenden Strafprozessordnung geführt. Die angeordneten Überwachungsmassnahmen waren von der zuständigen Behörde bewilligt. Die vorgenommenen Ermittlungshandlungen brachten keine verwertbaren Resultate zu Tage, um das Verfahren weiterzuführen. Es wurde im August 2007 eingestellt.» Es trifft in der Tat zu, dass die Überwachung der Bocciahalle bewilligt wurde. Doch die zuständige Bewilligungsbehörde wusste nicht, dass an der Überwachung italienische Ermittler beteiligt waren. Im Gesuch war auch weder von einer Rechtshilfe an Italien die Rede, noch davon, dass die italienische Anti-Mafia-Polizei DIA an der Operation direkt beteiligt war.

Im Gesuch hiess es lediglich: «Beim jetzigen Stand der Ermittlungen können wir immerhin sagen, die Bocciahalle ist ein wichtiger Ort («lieu clé» - eine Schlüsselstelle, A.d.R.), wo unsere diversen Verdächtigen täglich verkehren». Und: «Fügen wir noch an: Aus technischen Gründen werden die nötigen Überwachungsgeräte von einer Privatfirma zur Verfügung gestellt und auch installiert». Kein Wort über die Zusammenarbeit mit italienischen Ermittlungs- oder Fahndungsbehörden. Da waren mit «Sheriff» Patrick Lamon wieder mal die Pferde durchgegangen. Er hatte geschummelt: Mit Lügen durch Weglassen eine Bewilligung für eine Videoüberwachung erschlichen. ■

Weil schwer krank, wurde Fortunato Maesano aus Gefängnishaft in Hausarrest entlassen:

«Ganz klar, der Mann sitzt zu Unrecht»

Teil 1 | Fortunato Maesano, der «Mafiaboss von Brig», sitzt seit acht Jahren in Italien im Gefängnis. Unglaublich, aber wahr: In der Schweiz hätte er nicht einen Tag gesessen, hier wurden alle Verfahren eingestellt. Trotzdem lieferte ihn die Schweiz aus.

Frank Garbely

5. Februar. Von 4 bis 5 Uhr nachmittags dreht Fortunato Maesano gedankenverloren seine Runden. Er befindet sich zusammen mit 40 anderen Häftlingen auf dem täglichen Spaziergang in einem der allseits vergitterten Innenhöfe des Gefängnisses von Parma. Plötzlich plärrt der Lautsprecher «Maesaaaano, zum Direktor». Alle Mithäftlinge bleiben stehen und klatschten. Für sie ist klar: Endlich darf der kranke Mann raus. Endlich wird er eine anständige ärztliche Pflege bekommen.

Fortunato Maesano ist gesundheitlich ein Wrack. (Die Rote Anneliese berichtete bereits in der Nr. 242 darüber.) Er ist schwer herzkrank und er hat Blasenkrebs. Die riesige Geschwulst im Bauch – inzwischen grösser als ein Fussball – hätte schon vor vier Jahren operiert werden müssen. Darum haben seine Anwälte wenigstens ein Dutzend Mal Hausarrest beantragt. Bisher vergeblich. Fortunato will es auch jetzt noch nicht glauben, dass es diesmal klappt. «Buana Fortuna», «Viel Glück Kumpel», rufen die Häftlinge im Chor. Ein Wärter rasselt mit seinem Schlüsselbund und bringt ihn weg.

Hausarrest

Der Gefängnisdirektor bestätigt: Das Gericht hat Fortunato Maesano tatsächlich Hausarrest zugestanden. Bis zur endgültigen Freilassung fehlen noch etwas mehr als ein halbes Jahr. Für diese Zeit darf er zu seiner Schwester ziehen, die in der Nähe von La Spezia wohnt. Eine Stunde später steht er vor den mächtigen Mauern des Gefängnisses von Parma und kann es noch immer nicht fassen. Zum ersten Mal seit 2'901 Tagen befindet er sich nicht hinter Gittern. Was noch unfassbarer ist: Hätten Schweizer Gerichte seinen Fall beurteilt, wäre er nicht einen einzigen Tag im Gefängnis gewesen. Wie kann das sein?! Die Bundesanwaltschaft hatte zwar mehrmals gegen Fortuna Maesano ermittelt, aber alle Verfahren wurden eingestellt.

Del Ponte ermittelt

Das erste Verfahren war von Bundesanwältin Carla Del Ponte im Frühjahr 1999 eingeleitet worden – wegen illegalen Handels mit Waffen und Sprengstoff. Ein Auslieferungsgesuch aus Italien hatte Del Ponte auf den Plan gerufen.

Rückblende

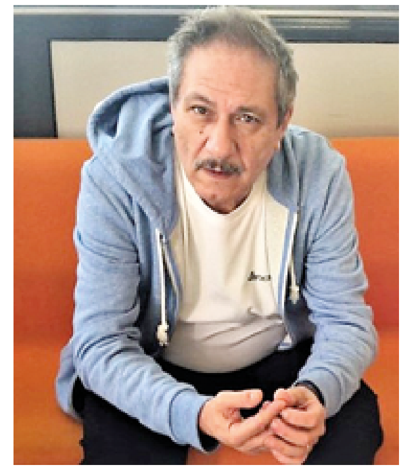
Ende der 1990er Jahre ermittelte die Staatsanwaltschaft in Reggio Calabria gegen zwei Familienclans der kalabrischen Mafia 'Ndrangheta. Die Familie Zavettieri und der Clan Pangallo-Maesano-Favasuli lieferten sich einen mörderischen Machtkampf, bekannt geworden als «Faida di Roghudi», die Fehde von Roghudi, ein regelrechter Krieg mit mehreren Dutzend Toten und Verletzten in beiden Lagern. Allein von 1992 bis 1998 – in sechs Jahren – gab es 19 Rachemorde. Im Rahmen dieser Ermittlungen wurde auch ein Haftbefehl gegen Fortunato Maesano erlassen. Staatsanwalt Francesco Mollace beschuldigte ihn, von der Schweiz aus Sprengstoff und Waffen geliefert zu haben. Mehr noch, der Staatsanwalt hielt ihn für den Chef eines der beiden 'Ndrangheta-Clans. Und: Bei der Planung der Rachemorde soll er eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Als Staatsanwalt Mollace Fortunato Maesanos Auslieferung verlangte, eröffnete Del Ponte ein eigenes Verfahren. Sie wollte ermitteln, von wem in der Schweiz Fortunato Maesano die Waffen gekauft und wie er den Transport nach Italien organisiert hatte. Doch die Bundesanwaltschaft fand nicht einmal vage Hinweise, geschweige denn Beweise. In der Einstellungsverfügung wurde festgehalten, «dass ausser den im Auslieferungsverfahren aufgezeichneten Telefongesprächen, in welchen in verklausulierter Sprache gesprochen wird, keine weiteren Beweismittel vorliegen». Und da selbst die italienischen Strafverfolgungsbehörden «kein zusätzliches Belastungsmaterial zur Verfügung stellten», musste die Bundesanwaltschaft das Verfahren einstellen.

Elf Jahre Zuchthaus

Im Jahre 2000 kam es in Reggio Calabria zum Prozess. 18 Männer und Frauen waren diverser Mafia-Verbrechen angeklagt. Unter ihnen auch Fortunato Maesano, der allerdings am Prozess nicht teilnahm. Sein Anwalt plädierte auf Freispruch. Im Juli 2002 fiel das Urteil. Statt eines Freispruchs gab es zwei Mal lebenslänglich für einen Doppelmord und obendrauf noch neun Monate Zuchthaus wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation des Typs 'Ndrangheta sowie wegen Hehlerei und illegalen Waffenhandels.

Zwei Jahre später, im Juni 2004, wurde das Urteil revidiert. Das Gericht musste den Anklagepunkt Doppelmord fallenlassen. Es hatte sich ergeben, dass Fortunato Maesano zum Zeitpunkt des Mordes im Vispertal auf einer Baustelle Malerarbeiten verrichtete. Er wurde trotzdem wieder verurteilt, nicht mehr zu lebenslänglich, sondern zu elf Jahren Zuchthaus, nicht mehr wegen Mordes, sondern wegen Mitgliedschaft in der kriminellen 'Ndrangheta und wegen Handels mit Waffen und Sprengstoff. Ende Sommer 2006 ordnete das Gericht in Reggio Calabria die Vollstreckung des Urteils an. Fortunato Maesano sollte endlich seine Haftstrafe absitzen. Darauf verlangte Italien seine Auslieferung. Fortunato Maesano und seine Anwälte wehrten sich dagegen – zuerst mit viel Erfolg.



Fortunato Maesano wurde mittlerweile in Hausarrest entlassen.

«Operation Feigenbaum»

Doch noch bevor Italien seine Auslieferung beantragte, hatte die Bundesanwaltschaft schon wieder ein Verfahren eröffnet gegen drei mutmassliche 'Ndrangheta-Mitglieder im Oberwallis. Beim Verfahren mit dem internen Code-Namen «OPERATION FEIGENBAUM» ging es um diverse mafiatypische Verbrechen: Erpressung, Betrug, illegaler Waffen- und Drogenhandel. Im Zentrum der «Operation Feigenbaum»: Fortunato Maesano, der «Mafia-Boss von Brig», der laut Bundeskriminalpolizei von Brig aus diverse Mafia-Geschäfte organisierte. Dabei standen ihm wichtige Vertrauensleute zur Seite. Seine rechte Hand: Antonio G. Mafrici, damals Direktor der Bauunternehmung Interalp Bau AG, Visp und zudem Verwalter der Blasbiel AG in Raron. Der dritte im Bunde: Francesco Ferraro aus Domodossola, damals ein Angestellter der Blasbiel AG.

Geleitet wurde die «Operation Feigenbaum» von Patrick Lamon, Staatsanwalt des Bundes. Ein scharfer Hund. Dieser eher zweifelhafte Ruf begleitete ihn seit seiner Zeit als Untersuchungsrichter im Kanton Freiburg. «Sheriff Lamon», so sein Spitzname in Freiburg, war dafür bekannt, dass er seine Ermittlungen mit wütender Entschlossenheit vorantrieb und dabei nicht selten übers Ziel hinausschoss.

Auch diese Ermittlung gegen Fortunato Maesano ging auf eine Initiative italienischer Mafia-Jäger zurück, genauer auf Anti-Mafia-Ermittler aus Kalabrien. Im Verfahren, genannt «OPERAZIONE NUOVO POTERE» (Operation Neue Macht), interessierten sich diese für die 'Ndrangheta in Domodossola, die angeblich im grossen Stil illegal Drogen und Waffen verschob. Via Schweiz. Dies war der Grund, warum die italienischen Mafia-Jäger mit dem Bundesamt für Polizei in Bern Kontakt aufnahmen. Ergebnis: Bern beschloss ein eigenes Ermittlungsverfahren zu eröffnen und rief die «Operation Feigenbaum» ins Leben. Ab Oktober 2005 entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen den Operationen «Feigenbaum» und «Nuovo Potere». Während zwei Jahren fuhren «Sheriff» Patrick Lamon und seine Fahnder alle paar Monate nach Italien. Zum Meinungsaustausch.

Extrem gefährliche Mafiosi

Auch am 11. November 2005. Das Treffen fand in der Kommando-Zentrale der Carabinieri in Verbania am Lago Maggiore statt. Die italienischen Fahnder informierten über ihren Hauptverdächtigen in Domodossola: Bruno Pizzi, Inhaber einer kleinen Baufirma und Mitglied der 'Ndrangheta. Wie die Ermittler der «Operazione Nuovo Potere» behaupteten, pflegte Bruno Pizzi besonders intensive Kontakte ins Oberwallis. Die italienischen Fahnder schilderten die mutmasslichen Mafiosi im Oberwalliser als «extrem gefährlich» und «besonders einflussreich». Fortunato Maesano beschrieben sie als «der denkende Kopf» des Mafia-Ablegers. Und seinen «wichtigsten Mitarbeiter», den Visper Bauunternehmer Antonio Mafrici, stellten sie als hochkarätigen Mafiosi hin: «Er sucht regelmässig Orte auf, die von Personen frequentiert werden, die wegen Mafiaverbrechen verurteilt wurden». Doch das waren nur zwei von vielen Verbindungen. Wer waren diese Kontakte? Und vor allem: Was trieben sie im Oberwallis?

Zurück aus Verbania schaltete «Sheriff» Patrick Lamon sofort einen Gang höher und änderte die Strategie der «Operation Feigenbaum». Er war überzeugt, am ganz grossen Mafia-Rad zu drehen. Und er zweifelte keinen Augenblick, dass es nur eine Frage von Tagen war, bis er das 'Ndrangheta-Nest im Oberwallis ausgeräuchert hatte.

'Ndrangheta-Chef in Raron

Ausgehend von den Hinweisen aus Italien konzentrierte er sich jetzt darauf, Bruno Pizzis Drogentransporte zwischen Italien und der Schweiz auffliegen zu lassen. Eine erste Spur führte zu einem Steinbruch in Raron. Bei der näheren Überprüfung des Steinbruchs stiess er auf alte Bekannte. Der Steinbruch gehörte der Blasbiel AG, deren Direktor damals kein geringerer war als Antonio Mafrici. Einer der Arbeiter im Steinbruch kam aus Domodossola. Sein Name: Francesco Ferraro. Laut italienischen Ermittlungen war er der Chef der 'Ndrangheta von Domodossola. Dieselben Ermittlungen zeigten weiter: «Francesco Ferraro steht in engem Kontakt mit Bruno Pizzi und er spielt eine wichtige Rolle im Rauschgifthandel».

Raron: In einer Baracke im Steinbruch wohnte Francesco Ferraro.

BUNDESANWALTSCHAFT
E 09. OKT. 2006
64/A/05/68

NETWORK SECURITY ACTIVITY
TECNOLOGIE PER LA SICUREZZA

Network Security Activity S.r.l.
Via Vallescuropasso n° 83 - 27040 Cigognola (PV)
tel +39 0385.250237 - fax +39 0385.256814
www.nsa-srl.com - info@nsa-srl.com
C.F. - P.IVA - Reg.Imp.PV n.02120830183

Enregistré

PJF Div. Enq. Lausanne
Réf: 05-0179 /Fay
Saisi ou reçu le: 9 OKT 2006
Source: HOBAN / PJF
Vérifié : le 9.10.06

Spett.le Ministero Pubblico della Confederazione - O.M.P.C.
CH-1000 Lausanne 22

Fattura n° 02-0003 del 30 settembre 2006
C.F. / P.IVA:
Banca d'appoggio: Unicredit Banca
Ag. 08205
IBAN: IT 40 K 02008 56400 000040424032

Codice Cliente M 01
Pagamento Rimessa Diretta
Scadenza Ricevimento Fattura

Descrizione: Noleggio di apparecchiature di Intercettazione ambientale audio e videoregistrazione. Riferimento Off. N. 06-0011 a del 2/08/2006 e Contratto del

Aus Ermittlungsunterlagen: Die Rechnung für die Überwachung der Bocciahalle kam aus Italien – von einer Tarnfirma der Anti-Mafia-Polizei DIA.

Francesco Ferraro arbeitete nicht nur im Steinbruch, er wohnte auch dort, in einer Baracke im Innenhof des Steinbruchs. Laut Rapporten von «Sheriff» Lamons Fahndern hatte er sehr häufig Gäste. Unter ihnen immer wieder Fortunato Maesano, genannt der «Mafiaboss von Brig». Patrick Lamon vermutete, dass die 'Ndrangheta-Bosse Ferraro und Maesano Mafia-Geschäfte besprachen oder 'Ndrangheta-Soldaten antanzen liessen, um ihnen Geheimaufträge zu erteilen. Patrick Lamon wollte es genau wissen. Darum liess er im Innenhof des Steinbruchs sowie in den Räumen, in denen sich Francesco Ferraro aufhielt, Kameras und Mikrophone installieren. Dafür brauchte er eine Bewilligung des Bundesstrafgerichtes in Bellinzona. Die bekam er anstandslos. Bellinzona hatte zuvor schon bewilligt, dass er die Telefone von «Fortunato Maesano und Konsorten» abhören durfte, rund ein Dutzend Telefone, darunter allein fünf Mobiltelefone von Antonio Mafrici und seiner Baufirma Interalp in Visp. Die Telefonkontrollen führten nicht zum erhofften Erfolg. Nach drei Monaten gab es noch immer kein brauchbares Resultat und auch die Überwachung des Steinbruchs in Raron brachte kaum neue Erkenntnisse.

Ergiebiger waren dagegen die Kontakte zu den Kollegen der «Operazione Nuovo Potere». Ende Februar und wiederum Anfang Mai 2006 reisten «Sheriffs» Fahnder zu Treffen nach Rom und Reggio Calabria. Neue Hinweise aus Italien führten dazu, dass Patrick Lamon seine Ermittlung auf zwei weitere Beschuldigte ausdehnte, darunter Francesco Romeo, ein Kalabrier, der in Brig wohnte und bei einem Bildhauer in Visp arbeitete.

Wahrscheinlich Kokain

Die italienischen Mafiajäger hatten ihn schon lange auf dem Radar als Komplize von Bruno Pizzi. Logo, dass «Sheriff» Patrick Lamon seine Fahnder sofort auf Francesco Romeo hetzte. Und die wurden sofort fündig: «(…) Francesco Romeo ist direkt beteiligt am Transport von Containern mit illegalen Drogen – wahrscheinlich Kokain», stellten sie fest. Aus abgehörten Telefongesprächen hatten sie erfahren: Die Container wurden im Hafen von Genua abgeholt und via Domodossola ins Wallis gekarrt. Nicht genug, «Sheriffs» Fahnder wollten wissen: «Es scheint, dass Fortunato Maesano über diese Transporte nicht nur Bescheid weiss, er organisiert sie auch».

Es bleibt spannend: In der nächsten Ausgabe der Roten Anneliese gibt es die Fortsetzung dieser Geschichte zu lesen. ■

Asli Erdogan:

«Nicht einmal das Schweigen gehört uns noch»

Istanbul | Asli Erdogan ist eine türkische Physikerin, Journalistin und eine international angesehene Schriftstellerin. Sie gehört zu den Fürsprechern der kurdischen Minderheit in der Türkei und ist zum Symbol für Menschenrechte und Befreiung in der Türkei geworden. Am 16. August 2016 wurde Asli Erdogan im Rahmen der sogenannten «Säuberungen» nach dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei mit 22 anderen Journalisten verhaftet. Ende Dezember 2016 wurde sie unter Auflagen freigelassen.

Hilar Eggel

Sass für mehr als fünf Monate in Haft: Mit ihrer Zivilcourage brachte Asli Erdogan das türkische Regime gegen sich auf.

Asli Erdogan wurde am 16. August 2016 in Istanbul im Rahmen einer Verhaftungswelle von JournalistInnen und MitarbeiterInnen der pro-kurdischen Tageszeitung «Özgür Gündem» festgenommen. Die Verhaftung fand statt, nachdem die Staatsanwaltschaft die Schliessung der Zeitung angeordnet hatte. Asli Erdogan wurde «Propaganda für eine illegale Organisation», «Mitgliedschaft bei einer illegalen Organisation» und «Volksverhetzung» vorgeworfen. Als Beweismittel gab das Gericht ihre Artikel und Kolumnen an. Nach der Vorführung vor einen Haftrichter wurde Asli Erdogan ins Bakirköy-Gefängnis überführt.

Dazu schreibt Asli Erdogan: «Ich wurde von einer grossen Gruppe von 30 bis 40 Polizisten, Spezial- und Anti-Terror-Einheiten verhaftet. Die Strasse vor dem Haus und der ganze Häuserblock waren vollständig umringt von maskierten, Schutzwesten-tragenden Polizisten mit Maschinenpistolen. Ich war komplett entsetzt, als sie alle in meine Wohnung eindrangen, herumschrien und mit ihren Waffen auf mich zielten.» Und sie ergänzt und hält fest: «Die Durchsuchung meiner Wohnung dauerte mehr als fünf Stunden, aufgrund der Tatsache, dass da mehr als 3000 Bücher sind und meine literarischen Notizen. Ich ermahnte die Polizei, sie solle sorgfältig umgehen mit meinen Schriften, aber einiges Material ist zerstört oder verloren gegangen.»

Fast fünf Monate hat Erdogan in Haft gesessen, weil sie in ihren Texten die Verbrechen in der Türkei beim Namen genannt und den Unterdrückten – Kurden und Armeniern – eine Stimme gegeben hat. Am 29. Dezember 2016 kommt sie frei, hat allerdings ein Ausreiseverbot, das am 22. Juni aufgehoben wird. Doch lange erhält sie keinen Pass. Zahlreiche internationale Preise, mit denen sie zwischenzeitlich ausgezeichnet wird, kann sie nicht entgegennehmen. Erst seit Mitte September darf sie das Land verlassen. Warum ist sie freigelassen worden? Warum ist das Reiseverbot plötzlich aufgehoben worden? Lapidar und einfach stellt sie fest: «Ich habe aufgehört, hinter dem Verhalten des türkischen Staates eine Logik zu suchen. Erst trifft es die radikalen JournalistInnen, dann die JournalistInnen in den Massenmedien und schliesslich die AutorInnen und KünstlerInnen. Der Kreis wird immer grösser.» In der Türkei kann es also jeden treffen. Das ist die Botschaft eines Staates, der

> «Die Durchsuchung meiner Wohnung dauerte mehr als fünf Stunden»

sich Schritt für Schritt von rechtsstaatlichen Prinzipien verabschiedet hat. Asli Erdogans jüngste sprachmächtige Essaysammlung «Nicht einmal das Schweigen gehört uns noch» erzählt davon.

Die politische und engagierte Schriftstellerin

Asli Erdogan hält sich selbst eigentlich für unpolitisch. Schreiben ist ihr Leben. Zuerst dachte sie, dass ihre Verhaftung ein Missverständnis, ein Witz sei. Aber eben: in der Türkei sind Asli Erdogans Texte wahrlich nicht unpolitisch. Sie hat über die Zustände in den türkischen Gefängnissen geschrieben, über Gewalt an Frauen, Folter, die kurdische Minderheit in der Türkei, die Armenier und die menschenverachtende Politik. Aber wenn man ihre Texte liest, kann man erahnen, was sie mit «unpolitisch» meinen könnte. Asli Erdogan ist eine Schriftstellerin, die tatsächlich nichts lieber wäre als «unpolitisch». Es gelingt ihr aber nicht in ihrem Land – und in ihrer Zeit. Ganz gleich, ob sie über Erniedrigung oder Armut schreibt, es fliesst – für den Leser in jeder Zeile spürbar – aus einem menschlichen und engagierten Impuls heraus.

Zivilcourage ist für sie selbstverständlich. Ihre Verhaftung ist alles andere als ein tragischer Zufall. Themen wie Schmerz, Diskriminierung, Ausgrenzung, Gewalt, Unterdrückung, Völkermord, Erniedrigung, Folter, Mord, Verzweiflung, Armut werden in ihren Büchern literarisch eindrucksvoll thematisiert. Ihre Texte über die Gräueltaten der türkischen Sicherheitskräfte in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten sind bleibende Zeugnisse, die Ausdruck von Kampf und Widerstand sind, ein Aufschrei gegen Diskriminierung.

Repression und Unterdrückung in der Türkei

Die kurdischen Provinzen haben niemals in der türkischen Geschichte ein solches Ausmass der Zerstörung erlebt wie in den letzten Jahren. Die Repression gegen die Opposition nimmt Ausmasse an, bei denen man nicht mehr umhinkommt, von einer Diktatur zu sprechen. Die Presse ist entweder gleich- oder ausgeschaltet. Hunderte JournalistInnen sitzen in den Gefängnissen oder mussten das Land verlassen, um einer Verhaftung zu entgehen. Regierungskrisen, ein gescheiterter Militärputsch, die Verhaftung von Parteivorsitzenden und Schlägereien in der Nationalversammlung sind Normalität.

Der Ausnahmezustand ist inzwischen Regelfall. Dies ermöglicht der Regierung willkürlich Tausende Richter, Staatsanwälte, Beamte, Polizisten, Lehrer, aber auch Ärzte und Ingenieure zu verhaften oder zu entlassen. Mehr als hunderttausend staatliche Angestellte und Beamte sind inzwischen betroffen.

Die harsche und willkürliche Art, die Türkei ohne Rücksicht auf Verluste zu regieren, polarisiert zunehmend das Land. Die Politik des Staatspräsidenten, auf die muslimische Mehrheit und gegen die säkulare Minderheit zu setzen, kann heute als gescheitert bezeichnet werden. Die Frage ist nicht, ob muslimische oder säkulare Kräfte herrschen, es geht um die Frage Despotismus versus demokratischer Rechtsstaat. Erdogans Bündnispartner sind inzwischen die alten Kader, die immer für einen autoritären Staat standen und die Existenz von Kurden in der Türkei geleugnet haben. Es wird jedoch in der Türkei keine Demokratie geben ohne Frieden und Lösung der Kurdenfrage.

Die kompromisslose Autorin

Asli Erdogan ist sich der politischen Situation in der Türkei klar bewusst. Sie erklärt: «Jederzeit kann man in der Türkei verhaftet werden, man braucht nur zum falschen Zeitpunkt an einem falschen Ort vermeintlich Falsches zu sagen.» Sie musste ins Gefängnis wegen ihrer Kompromisslosigkeit, mit der sie Sätze formuliert. Sie wurde inhaftiert, weil sie verärgert waren wegen ihrer Kolumnen. Und sie sind verärgert, weil sie keine Kurdin ist, aber Seite an Seite mit den Kurden steht. Und sie sagt: «Sie sind verärgert, weil ich eine Frau bin, und in diesem launischen, neurotischen Regime es eine immer grössere Sünde ist, eine Frau zu sein.»

Asli Erdogan wird aufgrund ihrer Überzeugung, ihrer Arbeit, ihrer Literatur verfolgt. Sie wird bedroht, weil sie der türkischen Gesellschaft den Spiegel vorhält. «In der Türkei entsteht seit Jahren eine Diktatur», beklagte sie sich kürzlich. «Jeden Morgen wachen wir in einer Orwell'schen Welt auf, permanent laufen im Fernsehen die Reden des einen, des unverzichtbaren Herrschers. Wie er schreit, wie er jeden als Terroristenhelfer bezeichnet, der ihm in die Quere kommt.» Wie schnell das geht, hat Asli Erdogan selbst erfahren. ■

Asli Erdogan die Schreiberin

Schreiben heisst leben und atmen

Asli Erdogan erkundet in ihren Werken stets das Fremde, das Andere vor dem Hintergrund der türkischen Gesellschaft und der globalen Entwicklungen. In ihren Romanen setzt sie sich mit Erfahrungen wie Leid, Einsamkeit und Gewalt auseinander. Es geht in ihren Büchern oft um Verlust und Tod, Exil und Selbstentfremdung.

Schreiben ist für sie der Versuch, ihre Geschichte zusammenzufassen und zu reflektieren. Leben und Tod sind Themen, mit denen sie sich ständig im alltäglichen Leben auseinandersetzt. Sie schreibt: «Wenn ich in die Vergangenheit zurückblicke, was ich nur schreibend tun kann, dann ist das der Moment, in dem ich dem Tod ins Auge sehen kann, in dem ich das Leben mit all seinen Gesetzmässigkeiten erfassen kann, der Moment, der die Ewigkeit widerspiegelt.» Es ist das Schreiben, das ihr Halt gibt. Deshalb will sie auch weiterschreiben, damit sie nicht noch mehr verliert und resigniert. Sie betont: «Man kann nicht schreiben, ohne sich die Hand zu verbrennen. Und im Moment brennen auch die Arme, der Kopf, die Haare. Aber ich bin nicht allein. Es gibt viele Menschen in der Türkei, die sich wie ich für die Demokratie einsetzen.»

In ihren Werken bringt sie das Grauen, den Schrecken und die Verbrechen in so poetischer Sprache zum Ausdruck, dass die Worte schmerzen. Und dem Leser lässt sie dessen eigene Schuld bewusst werden – nämlich die Schuld der Gleichgültigkeit, der Ignoranz.

Asli Erdogan ist Schriftstellerin. Sie schreibt Sätze, die suchend wirken, erschöpft, manchmal sind sie unvollständig, unvollendet. Für die Autorin ist Schreiben atmen. Man kann ihr Atem beim Lesen hören. Ihr Ton ist feinsinnig, schonungslos, tiefbohrend. Sie ist eine Schreibende, die ohne Schreiben nicht leben kann.

Die wichtigsten Quellen ihres Schreibimpulses ist es, sich mit der Erstarrung und den Herausforderungen der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Sie versucht, «mit aller verfügbaren Kraft aufzustehen, sich vom Boden zu lösen, die lebendige, gefährliche, verderbliche Aussenwelt, den Ruf der anderen» poetisch zu verarbeiten. ■

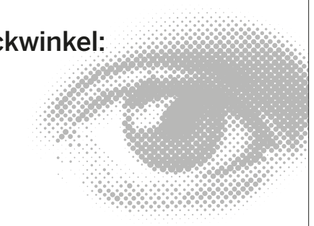
Biographisches von Bedeutung

Asli Erdogan wurde 1967 in Istanbul geboren. Sie stammt aus einer gebildeten, progressiven Familie. Sie studierte Informatik und Physik an der Bosporus-Universität in ihrer Heimatstadt. Anfangs der neunziger Jahre hat sie als Physikerin am CERN in Genf geforscht und über das Higgs-Teilchen ihre Abschlussarbeit geschrieben. Am renommierten und stark männerdominierten CERN bei Genf fühlte sie sich nicht zu Hause und flüchtete sich vermehrt ins Schreiben. In dieser Zeit entstand der Roman «Der wundersame Mandarin». Schliesslich fasste sie den Entschluss, die Forschungsstelle am CERN aufzugeben und kehrte nach Istanbul zurück. Danach ist sie weiter nach Rio de Janeiro gezogen, um als Wissenschaftlerin und Schriftstellerin zu arbeiten. Der Roman «Die Stadt mit der roten Pelerine» ist das literarische Ergebnis des Aufenthaltes in Rio. Darin beschreibt sie sich selbst als «kleinen Kanarienvogel». Es ist der Roman, der sie international bekannt gemacht hat.

Asli Erdogan hat sich aber immer auch als Aktivistin, Menschenrechtlerin und Frauenrechtlerin gesehen und verstanden. 2008 gehörte sie zu den ersten, die eine öffentliche Entschuldigung für den Armenier-Genozid unterzeichneten. Sie schrieb u.a. kritische Kolumnen für die inzwischen verbotene prokurdische Zeitung «Özgür Gündem». Wegen ihrer Arbeit für diese wurde sie im August 2016 verhaftet und Ende des Jahres aus dem Gefängnis entlassen. Mitte September 2017 erhielt sie endlich ihren Reisepass und konnte die Türkei verlassen. In Leipzig konnte sie den «Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien» persönlich entgegennehmen. Trotz alledem wurde Ende Oktober in der Türkei der Prozess gegen sie eröffnet. Aus Angst, wiederum verhaftet zu werden, ist sie den Prozessverhandlungen ferngeblieben und lebt zurzeit in Deutschland. ■

Sarah Heinzmann studiert an der Universität Luzern Philosophie, Politikwissenschaften und Ökonomie.

Ein anderer Blickwinkel:



Die Rebellion der Unglücklichen

«Sei du selbst!» «Verwirkliche dich!» «Lebe den Tag!» «Tu, was du liebst!» Hunderte von Werbeslogans werfen uns tagtäglich ein Bild des angeblichen Glücks an den Kopf und fordern uns dazu auf, unser Leben nun endlich selbst in die Hand zu nehmen. Die Aussage ist dabei meist dieselbe: Wenn du unsere Produkte kaufst, findest auch du ins Paradies der unendlichen Glückseligkeit. Es liegt an dir, es ist deine Verantwortung, zufrieden mit dir und deinem Leben zu sein.

Wenn dem nicht der Fall ist und ein Individuum trotz materiellem Reichtum und einer Vielfalt an Konsummöglichkeiten nicht vollends zufriedengestellt ist, wird ihm von unzähligen Lifestylemagazinen auch eine riesige Palette mit Zaubertricks geboten, um den Weg zu sich selbst zurückzufinden. Wie wäre es mit ein bisschen Yoga am Morgen? Einer gesünderen

«Wenn du nicht glücklich bist, ist es deine Schuld»

Ernährung? Weniger Alkohol und Zigaretten? Einer Entgiftungskur zum Start ins neue Jahr? Kurzum: Wenn du nicht glücklich bist, ist es deine Schuld. Du strengst dich einfach nur nicht genug an. Mach etwas aus dir, aus deinem Leben.

Im Schatten des seit Jahrzehnten omnipräsenten Erfolgsdrucks keimte sein kleiner, aber nicht weniger gemeiner Bruder heran: Der Glücksdruck. Genährt wird dieser von Marketingstrategien, reproduziert durch Instagram und Facebook.

Der koreanisch-deutsche Philosoph Byung Chun-Han spricht sich vehement dagegen aus, die Verantwortung für die Glückssuche nur dem Individuum zuzuschreiben. Er sieht in diesem Drang nach Selbstoptimierung eine neoliberale Logik. Das propagierte Bild vom Glück setzt das Individuum unter Druck. In diesem Prozess beutet sich der Mensch selber aus, indem er ständig sein eigenes Lebensprojekt zu optimieren versucht. Die Lebenszeit soll bis in die letzte Minute sinnvoll gestaltet werden.

Durch den Fokus auf sich selbst und sein eigenes Lebensprojekt verliert der Mensch schnell den Bezug zu der sozialen und ökonomischen Realität. Diese individuelle und egozentrische Suche nach dem Glück macht uns blind für die

«Die Suche nach dem Glück macht uns blind für gesellschaftliche Missstände»

gesellschaftlichen Missstände, mit denen wir tagtäglich konfrontiert sind. Wenn dem Individuum die volle Verantwortung für sein Glück gegeben wird, ignoriert man soziale Strukturen, die uns unglücklich machen können. Was uns unglücklich macht, ist nicht etwa ein Vitaminmangel oder fehlende Selbstverwirklichung, es ist auch der Leistungsdruck oder die soziale Kälte. Dass so viele Menschen an Burnouts und Depressionen leiden, liegt nach dieser neomarxistischen Theorie nicht an einem Mangel der Selbstoptimierung, sondern sind Resultate des ökonomischen Leistungsdrucks gegen sich selbst.

Im Jahrtausend des Individualismus wurde die Glücksdoktrine zur neuen Religion. Der Smoothie am Morgen der neue Rosenkranz, das Fitnessstudio die neue Kirche. Und folglich ist der Unglückliche der neue Atheist. Ich rate euch deswegen, es mit euren Vorsätzen für die Fastenzeit nicht allzu eng zu sehen. Gönnt euch ein wenig Rebellion und verzichtet ganz bewusst auf das Morgenjoggen, esst ganz viel Schokolade, reibt nicht jedem unter die Nase, wie sehr ihr euch in eurem Malkurs selbst verwirklicht. Das Leben ist zu kurz, um jede Minute an die Suche des individualistischen Glücks zu verlieren. Denken wir lieber darüber nach, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen, um das Glück aller realisieren zu können. ■

Buchtipp:

Frost in Neapel – Lojacono ermittelt

Vor kurzem erschien der neuste Krimi von Maurizio de Giovanni. Mit der Neuerscheinung sind nun vier Krimis mit dem Ermittler Lojacono in Deutsch erhältlich. Schauplatz ist wie bei den vorgehenden Titeln wiederum Neapel. De Giovanni selbst ist in Neapel geboren und wohnt nach wie vor dort. Vielleicht genau darum kann er die Stadt mit einer bildlichen Sprache detailliert wiedergeben. Die Sprache ist es auch, was die Krimis von de Giovanni besonders auszeichnen. Der Autor spielt auf eine besondere Weise mit Begriffen und setzt diese gekonnt in die Handlung und Umgebung ein. Dass der Autor Literatur studiert hat, merkt die Leserschaft ziemlich bald.

Wie der Titel erahnen lässt, dreht sich im aktuellen Krimi alles um Kälte und Frost. Die Kriminalpolizisten aus dem Revier Piazzofalcone sind mit einem grausamen Doppelmord konfrontiert. Medial schlägt der Doppelmord hohe Wellen und das Polizeipräsidium erwartet eine rasche Aufklärung des Falles. Doch die Ermittler tappen lange im Dunkeln. Der Druck wird grösser und sogar die Schliessung des Kommissariats droht. Das heterogene und mehr oder minder strafversetzte Team vom Piazzofalcone lässt sich davon jedoch nicht unterkriegen.

De Giovanni wechselt immer wieder vom aktuellen Fall in die alltäglichen Probleme der durchaus speziellen ErmittlerInnen. Dem Spannungsbogen tut dies jedoch keinen Abbruch und die ErmittlerInnen gewinnen so an Profil. Dazu kommen kurze Zwischensequenzen mit den Gedanken der Verdächtigen. Neben dem guten sprachlichen Schreibstil zeichnen diese Wechselspiele der Perspektiven und Handlungen und der Wechsel in kleinere Nebenschauplätze die Krimis von de Giovanni aus. Obwohl es bereits der vierte Krimi des Autors ist, kann dieser ohne Vorlektüre der anderen Titel gelesen werden. **Michael Näpfli**

Laura Kronig wird neue SP-Stadträtin von Brig-Glis:

«Rote Akzente setzen mit überzeugenden Argumenten»

Brig-Glis | Am 1. April 2018 löst Laura Kronig den SP-Stadtrat Karl Schmidhalter in seinem Amt ab. Damit erhöht sie die Frauenquote im Briger Stadtrat und erhält den Sitz der SP. **Silvia Eyer**

Laura Kronig: neue SP-Stadträtin von Brig-Glis

Von sich selbst sagt Laura Kronig, dass sie schon immer einen grossen Gerechtigkeitssinn gehabt habe und ihr politisches Interesse aus ihrer Kindheit entstamme. Oft sah sie ihre Taufpaten, ebenfalls beide in der Politik aktiv, in der Zeitung. Am Familientisch wurde indes über politische Fragen debattiert. Ihre ersten aktiven Schritte in die Politik unternahm Laura mit Anfang 20, als sie der JUSOO beitrat. Nur zwei Jahre später sass sie bereits als Suppleantin im Grossratssaal in Sitten. 2008 wurde sie Vizepräsidentin der SPO. Dieses Amt legte sie vor zwei Jahren wieder ab, verblieb aber im Vorstand. Beruflich arbeitet sie für die eidg. Finanzdelegation und die ständerätliche Finanzkommission. Nun wird sie am 1. April 2018 die neue SP-Stadträtin von Brig-Glis.

Laura Kronig, im Herbst 2016 stellte sich Karl Schmidhalter zur Wiederwahl in den Stadtrat von Brig-Glis. Nur ein Jahr später gibt er sein Amt ab. Du rückst nach. War das eine Strategie, um den Sitz der SP im Briger Stadtrat zu erhalten?

Nein, es war keine Strategie, um den Sitz zu erhalten. Ich denke, die SP ist in Brig-Glis gut genug positioniert, um einen Sitz im Rat zu erhalten, egal ob dort eine amtierende Person sitzt oder nicht. Für Karl Schmidhalter war es wichtig, dass ein Generationenwechsel stattfindet. Und das rechne ich ihm persönlich hoch an.

War diese Nachfolge parteiintern schon länger geplant?

Der Wechsel stand bereits seit einiger Zeit zur Debatte. Jedoch nicht, wann dieser stattfinden sollte. Der Wechsel traf jetzt früher ein als erwartet, doch für mich ist das eine Chance und auf diese freue ich mich auch.

Du bist schon seit Jahren politisch aktiv und sitzt im Vorstand der SPO. Welches sind die primären Themen, die du im Rat vertreten möchtest?

Ich habe konkrete Ideen, die ich gerne umsetzen möchte. Es kommt jedoch darauf an, welches Ressort ich erhalten werde. Im Vordergrund steht für mich derzeit, einen jüngeren und progressiveren Blickwinkel einzubringen. Und dann möchte ich die Stimme für diejenigen Mitmenschen sein, die man sonst nicht hört. Seien das Menschen ohne Lobby oder solche, die durch ihr Alter oder ihren Aufenthaltsstatus nicht stimmberechtigt sind. Oft vergessen werden auch Menschen mit einer Beeinträchtigung, ältere Mitmenschen oder Menschen am Rande der Gesellschaft. Diesen Menschen eine Stimme zu geben, das ist mir ein Bedürfnis.

Bisher konntest du als Suppleantin gezielt die Meinung der Partei im Grossrat vertreten. Wie gehst du nun mit dem Kollegialitätsprinzip im Stadtrat um?

Wir sind sieben Leute im Stadtrat. Und wir müssen gemeinsam Lösungen finden. Ich will mit meinen Ratskollegen zusammenarbeiten, denn ich werde die einzige nicht Bürgerliche im Stadtrat sein und alleine werde ich nichts erreichen. Das heisst, ich werde versuchen, meine Ideen und meine Politik mit guten Argumenten einzubringen. Die Bevölkerung soll schliesslich an den Entscheiden des Rates sehen können, dass ich mich und meine Philosophie eingebracht habe.

Mit deiner Antwort hast du nun schon die nächste Frage eingeläutet: Du vertrittst den einzigen SP-Sitz im sonst bürgerlichen Stadtrat von Brig-Glis. Wie willst du die Interessen der SP durchsetzen?

Ich gehe davon aus, dass jeder im Rat seine eigenen Ideen mitbringt und trotzdem offen ist für die Inputs der anderen. Denn schlussendlich suchen wir gemeinsam nach guten Lösungen für unsere Gemeinde. Mit meiner Meinung werde ich ziemlich sicher immer mal wieder alleine dastehen. Ich werde versuchen, mit überzeugenden Argumenten zu punkten und eine klare Stellung zu beziehen. Trotzdem bin ich eine kollegiale Person und bereit, für eine gute Lösung einen Schritt auf die anderen zuzugehen.

Und du wirst deiner roten Linie treu bleiben, auch wenn du alleine dastehst?

Wenn ich im Grossrat etwas gelernt habe, dann das: Auch wenn du überzeugt bist, auf gute Argumente zurückgreifen zu können, kannst du trotzdem verlieren. Und zweitens: Manchmal muss du eine andere Perspektive einnehmen und überlegen, welche Argumente beim anderen ankommen? Denn mit einem Parteikollegen diskutierte ich nicht auf dieselbe Art, wie mit einer Person der CVP. Ich muss mir also überlegen, mit welchen Argumenten ich die Gegenseite überzeugen kann und nicht, welche Argumente mir persönlich am wichtigsten sind.

Momentan weisst du noch nicht, welches Ressort du bei deinem Amtsantritt erhältst. Würdest du gerne das Ressort Wirtschaft und Kultur von deinem Vorgänger übernehmen?

Warum nicht? Einerseits weil mir Kultur sehr wichtig ist. Ich habe ein breites Interesse an Kultur. Ich bin beispielsweise die Präsidentin der Bühne Mörel und spiele aktiv im Theater mit. Anderseits ist mir die Wirtschaft als Ökonomin auch sehr nahe. Falls jedoch einer der anderen Stadträte das Ressort wechseln möchte, werde ich als neuster Zuzug vermutlich nicht wählen können. Ich kann aber sagen, in allen Ressorts gibt es spannende Themen zu bearbeiten. Thematisch ist man bei allen nahe bei den Leuten, egal mit welchem Ressort, und das macht die Aufgabe so interessant.

Macht es in deinen Augen für die SP mit nur einem Sitz im Rat Sinn, in diesem Gremium mitzumachen oder wäre es erfolgsversprechender, ausserparlamentarische Opposition zu betreiben?

Fortsetzung auf Seite 20 ›

›

Es macht Sinn, dass die SP Teil des Stadtrates ist. Und zwar deshalb, weil ich als Stadträtin durchaus Akzente setzen und mein Ressort prägen kann. Denn wenn es im Stadtrat keine SP gäbe, die klar Stellung bezieht und die Bedürfnisse der Menschen mit kleinem Geldsack einbringt sowie mit Nachdruck Nein sagt zu Projekten, die sie als verantwortungslos erachtet, dann sähe die Politik im Stadtrat anders aus. Sie wäre weniger bunt und weniger sozial. Zudem braucht es neben der Vertretung im Stadtrat auch eine aktive Ortspartei. Ich als Stadträtin und die Ortspartei, wir haben jede unsere Rolle. Meine ist das Aushandeln von Lösungen im Rat, die der Partei ist die Opposition. Und noch etwas ist mir sehr wichtig: Der Austausch. Die Ortspartei ist mir Anknüpfungspunkt zur Basis, zur Bevölkerung. Ohne den hätte ich kein Interesse am Stadtratsmandat.

Wie erklärst du die Tatsache, dass die SP von einst zwei nur noch einen Sitz im Rat besetzt und davon vor allem die SVP profitierte?

Die SP hatte zwei Sitze im Rat zu der Zeit, als dieser noch aus 13 Mitgliedern bestand. Der Rat wurde schliesslich auf sieben Mitglieder reduziert und in dem Zug verlor die SP einen Sitz. So wurden durch die Halbierung der Ratsmitglieder auch die Sitze der SP halbiert. Es ist also nicht auf eine Schwäche der Partei zurückzuführen, sondern einfach auf die Reduktion des Stadtrates. Die Stärkung der SVP geht darauf zurück, dass sich Louis Ursprung als ehemaliges CVP-Mitglied als freier Kandidat auf die Liste der SVP setzen liess. Vorher war die SVP gar nicht im Stadtrat vertreten. Dort wird sie auch nach einem künftigen Abgang von Louis Ursprung verbleiben; die Frage ist nur, mit wie vielen Sitzen.

Denkst du, dass der Briger Stadtrat mit drei Sitzen der SVP und jeweils einem Sitz der CVP, CSP, FDP und SP auch das politische Bild der Gesellschaft wieder gibt?

Man sagt ja: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. Schlussendlich ist der Stadtrat das Abbild von jenen, die wählen gingen. Wir leben in einem ländlichen Gebiet, das bürgerlich konservativ geprägt ist. Wobei ich klar der Meinung bin, dass linke Ideen darin einen Platz haben. Vielleicht müssen wir noch daran arbeiten, wie wir unsere Ideen präsentieren und Leute mobilisieren. Und ich hoffe, dass ich als jüngstes und engagiertes Stadtratsmitglied dazu meinen Beitrag leisten kann.

In Sachen Wahlfälschung, die von einem Parteimitglied der SVP ausging, blieben der zuständige Stadtschreiber und der ganze Rat mehr als zurückhaltend. Was kann man in dieser Angelegenheit von dir erwarten?

In dem Fall weiss ich auch nur das, was ich in der Zeitung gelesen habe. Ich habe natürlich kritische Fragen. Aus meiner Arbeit für ein Oberaufsichtsorgan auf Bundesebene weiss ich: Wichtig ist zu untersuchen, wieso Fehler passiert sind, wo Fehler passiert sind und vor allem was zu tun ist, um künftig solche Fehler zu vermeiden. Es sind die richtigen Konsequenzen aus diesem Fall zu ziehen. ■

Vielen Dank Laura Kronig für das interessante Gespräch.

Oberwalliser Männerstuben

Ist das Wallis patriarchalisch und verkrustet zugleich? Leider ja. Irgendwie scheint sich darüber niemand mehr aufzuregen. Anders die Rote Anneliese. Wir möchten unsere Leserinnen und Leser bitten, uns mit Hinweisen zu helfen. ■

Die Mehrheit der Oberwalliser sind Oberwalliserinnen. Im Vorstand der Jungen SVP gibt es nur Männer. Alle sehen aus, als ob sie zu Zeiten von James Schwarzenbach im Tiefkühler vergessen worden wären.

Wie vor hundert Jahren

Die Gemeinde Stalden ehrte dieses Jahr nicht weniger als 22 Männer für ihre Leistungen in Kultur und Sport. Und keine Frau. (Einzige weibliche Person auf dem Bild ist Gemeinderätin Rosmarie Piperata.) Was fehlt auf dem Bild? Natürlich ein Kruzifix. ■

Nimmt die Postautochefin bald den letzten Ruoffbus?

Die RA solidarisiert sich mit den Postautochauffeuren

In der letzten work, der Zeitung der Gewerkschaften, war nachzulesen: Post-Chefin Susanne Ruoff verdiente im Jahr 2016 satte 974'178 Franken. Unter Ruoff wurden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den letzten Jahren um gut 90 Millionen Franken beschissen. Und gleichzeitig wurden hunderte Poststellen geschlossen und Stellen ausgelagert. Während die Post-Chefin rund um den Postauto-Bschiss alle Schuld von sich weist, gehen die Postchauffeure tagein tagaus ihrer Arbeit nach. Pflichtbewusst, vom frühen Morgen bis spät in die Nacht, teilweise unter schwierigsten Strassenbedingungen, immer in grosser Verantwortung gegenüber den Fahrgästen. Und immer unter Zeitdruck, damit es zu keinen Verspätungen kommt. Stress pur. Angesprochen auf den Bschiss in den Chefetagen in der Post kommt nicht wenigen Postautochauffeuren die Galle hoch. Verständlich. Ob Postauto Wallis, auch als Betreiberin des Ortsbus Brig-Glis-Naters, in den Skandal verwickelt ist? Wir wissen es noch nicht. Aber bleiben dran. RA ■

Dicke Eier

Unerwünschtes Extrablatt der SVP

Dicke Eier hat die SVP. Und zwar mit viel Geld gefüllte Eier. Einen Monat vor den Abstimmungen flattert das Extrablatt der Schweizerischen Volkspartei in alle Haushalte. Auflage: 63'735. Was das wohl kosten mag? Im Extrablatt enthalten ein Flugblatt mit der Aufforderung, jetzt die Begrenzungs-Initiative zu unterschreiben. Diese wird, falls sie angenommen wird, die Personenfreizügigkeit beseitigen. Hätten wir von der Roten Anneliese auch so einen grosszügigen Spender, dann könnten wir unsere Zeitung ja auch an alle Haushalte versenden. Schweizweit. ■

Valais Promotion: Saasini exkommuniziert

Ist die Wintercard eine gute Sache oder nicht? Die Meinungen sind geteilt. Wer recht hat, wird die Zukunft zeigen. Niemand bestreitet, dass Saas-Fee die Schweiz elektrisiert hat. Und dass weit mehr Skifahrerinnen und Skifahrer eine Wintercard gekauft haben, als alle dachten. Valais Promotion erhält jedes Jahr zehn Millionen Franken vom Staat Wallis.

Bildquelle: rro

Um das Wallis touristisch zu verkaufen. Wer sich auf der teuren Homepage über die Wintercard informieren will, erhält folgendes Resultat: «Ihre Suche nach Wintercard ergab keine Resultate.» Das heisst: Die wichtigste touristische Innovation findet auf unwichtigsten touristischen Homepages nicht statt. Auch zum vergleichbar erfolgreichen Magic-Pass fand sich bis anfangs Februar kein Hinweis. Innovation darf es nicht geben. Was macht eigentlich Darbellay in Sitten?

Unsere Frage: In welchem Verfahren hat Damian Constantin unsere Saasini exkommuniziert? Wie lange bleibt die Wintercard auf dem Saaser-Index? Hinweise nimmt die Rote Anneliese entgegen. ■

In Naters werden 50% der Einbürgerungsgesuche abgelehnt

In der Gemeinde Naters werden besonders gerne Einbürgerungsgesuche abgelehnt. Was ja nicht verwunderlich ist, wenn man sich den Gemeinderat mit der SVP an der Spitze ansieht. Erst kürzlich wurde ein Gesuch von einer Mazedonierin, die vor dreissig Jahren in die Schweiz einwanderte, und ihren beiden Töchtern abgelehnt. Der Grund? Nun ja, es wurde behauptet, die Familie sei aufgrund ihrer mangelnden Kenntnisse in Politik und Geschichte zu wenig integriert. Und das obwohl die Frau an einer Schweizer Universität zwei Jahre Geschichte studierte! Von der Gemeinde Naters wurde das Gesuch unter anderem abgelehnt, weil sie die Namen der Walliser National- und Ständeräte nicht kannte. Die Frau legte beim Kanton Beschwerde ein. Und der Kanton stimmte ihr zu. Die Einbürgerung ist am 29. Januar 2018 rechtskräftig geworden. ■

Diana geht an die WKB

Am 8. Februar 2018 ging in Brig das Hotel Diana in Münster unter den Hammer. Die Rote Anneliese war dabei. Die konkursamtliche Schätzung lag bei 1'157'000 Franken. Und das für insgesamt 1'799 Quadratmeter Boden und das Gebäude samt Inventar. Das erste Gebot lag bei 100'000 Franken. Eine Frechheit. Das zweite Gebot der Walliser Kantonalbank lag bei 520'000 Franken. Sie bekam den Zuschlag. Die Versteigerung des Hotels Diana ist ein weiteres Zeichen, wie sehr der Tourismus im Wallis leidet. Denn Versteigerungen sind die Fieberthermometer jeder Krise. In der Agglomeration kriegt man für diesen Preis nicht mal eine Fünfzimmerwohnung. Im Goms jedoch ist niemand mehr bereit, sein Geld in den Tourismus zu investieren. Der Glaube an die Zukunft geht verloren. Die Versteigerung des Hotels Diana war eine Beerdigung. Eine von vielen. ■

Konkursamtliche Grundstücksteigerung

Das Konkursamt der Bezirke Brig, Goms und Östlich Raron führt folgende Grundstücksteigerung durch:

Gemeinde Münster

Parzelle Nr. 531, Plan Nr. 13 (GBV 2/426), beim Berg, Totalfläche 1103 m², Hotel 486 m², Garage 36 m², Abstellraum 3 m², Luftschutzkeller 63 m², Platz 172 m², Wiese 361 m²
Parzelle Nr. 2, Plan Nr. 9 (GBV 2/446), Parkplatz 699 m²

Konkursamtliche Schätzung	**Fr. 1 157 000.–**
Anzahlung (Bar oder Bankcheck)	**Fr. 30 000.–**

Datum der Steigerung: Donnerstag, 8. Februar 2018
15.00 Uhr im Saal Restaurant Du Pont, Brig

Besichtigung nach Vereinbarung.

Es wird ausdrücklich auf das Bundesgesetz für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) aufmerksam gemacht sowie auf die Bestimmungen der Verordnung über die Zwangsverwertung von Grundstücken (VZG).

Weitere Auskünfte erteilt das Konkursamt der Bezirke Brig, Goms und Östlich Raron, Nordstrasse 6, 3900 Brig (Telefon 027 606 16 80, ba-brig @admin.vs.ch www.vs.ch/de/web/spf/encheres).

Cinéculture Brig präsentiert:

Den Begriff Cinéculture haben die meisten Filmliebhaber im Oberwallis schon gehört. In der neuen Serie in der Roten Anneliese stellt Jean-Pierre D'Alpaos künftig in jeder Ausgabe einen sehenswerten Film aus der Reihe vor. In diesem ersten Teil geht es aber vorerst darum aufzuzeigen, wer hinter Cinéculture steht und um was es ihnen dabei geht.

Für mich ist es auch eine pädagogische Aufgabe. Wir zeigen nachhaltige Filme. Filme mit Inhalt. Nicht nur reine Unterhaltung, sondern Unterhaltung auf hohem Niveau. Die Filme sollen zum Nachdenken anregen», erklärt D'Alpaos. Ihm zur Seite steht Alex Chanton als Betreiber vom Kino Capitol Brig. Bei fremdsprachigen Filmen setzen sie auf Untertitel statt auf Synchronsprecher. Wieso? «Bei einer Übersetzung wird die deutsche Tonspur einfach über den Film gelegt. So ist die Betonung der Sätze im Original ganz anders. Der Film verliert dadurch massiv an Qualität. Er wirkt schlicht nicht mehr authentisch», ist sich D'Alpaos sicher und fügt an: «Al Pacino hat eine wunderschöne Stimme, die kann man doch nicht einfach ins Deutsche übersetzen.»

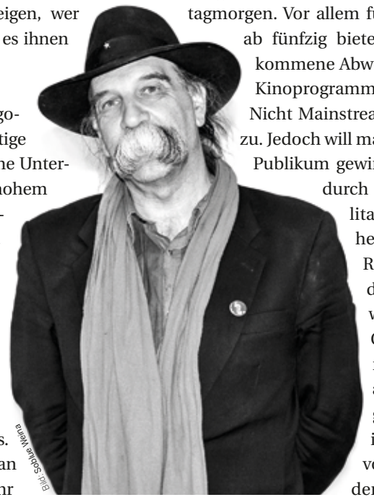


Bild Stephan Wenger

Jean-Pierre D'Alpaos: «Cinéculture ist Kunst. Nicht Mainstream.»

Cinéculture startete vor sieben Jahren. Seither wurden in diesem Rahmen 140 Filme gezeigt. Besonders gut besucht ist die Matinée jeweils am Sonntagmorgen. Vor allem für die ältere Generation ab fünfzig bietet Cinéculture eine willkommene Abwechslung zum normalen Kinoprogramm. «Cinéculture ist Kunst. Nicht Mainstream», erklärt D'Alpaos dazu. Jedoch will man vermehrt auch junges Publikum gewinnen. Dies nicht zuletzt durch die Förderung von qualitativ hochwertigem, einheimischem Filmschaffen. Regelmässig zwischen drei bis fünf Mal pro Jahr werden unter dem Begriff Cinélitteraire Buchverfilmungen mit einer vorangehenden Lesung organisiert. Und bei Kunst im Kino werden Künstler vorgestellt. Derzeit steht der Film «Michelangelo – Liebe und Tod» in den Startlöchern. ■

Leser Brief

Liebe Leserinnen und Leser

Leserbriefe regen zum Nachdenken an und fördern die Diskussion. In der Rubrik Leserbriefe veröffentlichen wir künftig Zuschriften, die in unser medienspezifisches Konzept passen. Möchten auch Sie gerne zu einem bestimmten Thema Ihre Meinung äussern oder auf einen Beitrag der Roten Anneliese reagieren? Dann schreiben Sie uns unter dem Betreff «Leserbrief» an rote.anneliese@rhone.ch. Denn Ihre Meinung ist uns wichtig.

Redaktion Rote Anneliese

Abholigsüftrag

immernu kei güeti Version
vanere güete Vision
bi halt nit Visionär
Leider nur Utopischt

vertruwe inen kosmischi Ornig
aber immernu Tatedrang
immernu ungiduldig
Leider nu kei Fride

Und schich Gidanke mache
und Gidanke sammle
fer schi nachr widr z vergässe
schinnt nit sinvoll

immernu kei Vision
nur es Potential
so bschtellt und nit abgholt

Holsch Dü mich ab?

...dass i wittr chume.

BLATTERHORN

28. März 2018 18.00 Uhr

Simplon Forum präsentiert:

Wie krank ist unser Gesundheitssystem?

Ein Vortrag von Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten am Mittwoch, 28. März um 18.00 Uhr im Saal des Restaurants Simplon in Naters.

AGENDA

März bis April 2018

Kellertheater Brig

01.03.2018 **Konzert** Mich Gerber und Andi Pupato

09.03.2018 **Konzert** Ionisation Jonas Imhof Quartett

16.03.2018 **Konzert** Adrian Stern Solo

22.03.2018 **Kabarett** Alfred Dorfer (und ...)

07.04.2018 **Konzert** One Take Orchestra Funk & Soul

13.04.2018 **Konzert** Singer-Songwriter Suma/Jean-Marc Briand

20.04.2018 **Theater** Annelore Sarbach und Katharina Röther (Tür auf Tür zu)

ZeughausKultur Brig

01.03.2018 **Abusitz SPEZIAL** Gina Été – Thursday Release Tour

08.03.2018 **Abusitz** «Kamikochi» – Nicolas Eyer & Franz-Stefan Michlig & Stefan Stucky

11., 13., 14., 15.03.2018 **Grüeni Eier mit Späck uf Änglisch** Ein Theaterstück für ein junges Publikum

15.03.2018 **Abusitz** Jah On Holiday Indonesien

25.03.2018 **YoungART 2018** YoungART trifft auf Tanzfaktor

17.03.2018 **Tanzfaktor** Tournee 2018

18.03.2018 **ums 'n jip** Latinoamerica Project

22.03.2018 **Abusitz** Lesung & Musik, «Kunst & Utopie», YoungArt 2018

25.03.2018 **Jamsession Wanderrock** gä&nä

29.03.2018 **Abusitz** AcaBellas

03., 04., 05.04.2018 **Leerkopf – Die Welt ist eine Kugel** ab 5 Jahren

12.04.2018 **Abusitz** klapparat

14. – 30.04.2018 **Hexen** Freies Theater Oberwallis

26.04.2018 **Abusitz** Gospel Joy

29.04.2018 **Jamsession Wanderrock** gä&nä

Moshpit Naters

10.03.2018 **Dance-Party**

24.03.2018 **Irish-Night** Werli and the Melodies, Migre Le Tigre, Them Fleurs

07.04.2018 **PHTC** Benefizkonzert

21.04.2018 **Metal-Night** Child of Pain and Guest

Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen? Dann schreiben Sie uns an rote.anneliese@rhone.ch mit dem Vermerk «Veranstaltung».

Kellertheater Brig

1. März 2018 20.30 Uhr

Mich Gerber und Andi Pupato

Der Ausnahmebassist kommt wieder ins Kellertheater. Soundlandschaften mit einer ganz besonderen Tektonik entstehen, wenn Mich Gerber mit seinem Kontrabass und Live-Sampling-System virtuos Tonlagen über Tonlagen legt. Inspiriert von Saiteninstrumenten gibt er seiner Musik einen orientalischen Klang und holt dunkle Klänge und raue Obertöne aus dem Bass heraus. Er nutzt die gesamte Range an Tönen und arbeitet sich langsam von groovigen Baselines zu vielschichtigen Harmonien hin. Auf der Release-Tour des neuen Albums ist Mich Gerber im Duo mit Perkussionist Andi Pupato unterwegs, der Mich Gerbers Bassklänge auf wunderbarste Weise ergänzt und stützt.

ZeughausKultur Brig

3. März 2018 13.00+19.00 Uhr

KulturESSiert

Integration durch gemeinsames Kochen und Essen. Denn das hilft, Grenzen zu überwinden. Jedes Land hat seine eigenen Spezialitäten, die oft eng mit der Geschichte der Menschen verknüpft sind. Der nächste Anlass der Reihe KulturESSiert findet zum Thema Eritrea statt. Der Nachmittag startet mit einem Kochworkshop. Anmeldung erforderlich. Am Abend sind alle zum öffentlichen Buffet mit landesspezifischer Unterhaltung eingeladen. Der Eintritt ist frei. Es gibt eine Kollekte, bei der jeder so viel bezahlt, wie er möchte.

Programm 2018

JAZZbrig

Der Jazz hat sich gewandelt und revolutioniert. Er hat vor keiner politischen Schranke halt gemacht und ist zu einer universalen Sprache des Friedens geworden. Und diese Entwicklung hält unverbraucht an. JAZZbrig wird durch die Mitglieder des Kultur-Ladu organisiert. Mehr Details zum Programm gibt es auf der Internetseite von JAZZbrig.

JAZZbrig

Montag, 23. April: Jazz und Film – Zappa – Eat that Question

Dienstag, 24. April: Der Verfolger – Julio Cortazàr Literarischer Salon – Charlie Parker

Mittwoch, 25. April: Musiquarium JAZZ Today, Moderner Contemporary Jazz

Donnerstag, 26. April: Vortrag, Jonas Ruppen, Musikgeschichte vom Barock zum Jazz

Infos: www.jazzbrig.ch

KINO

März 2018

Kino Astoria Visp

Der besondere Film – jeweils montags um 20.30 Uhr

05.03.2018 **120 BPM**

Ein Drama der 1990er Jahre in Paris über das Tabuthema Aids.

12.03.2018 **I, TONYA**

Über die Attacke auf die Olympia-Anwärterin des Eiskunstlaufes.

19.03.2018 **WONDER WHEEL**

Viel Ärger auf Coney Island mit Kate Winslet und Justin Timberlake.

26.03.2018 **MARY MAGDALENE**

Maria Magdalena – Beigleiterin Jesu in seinen letzten Stunden.

ROTE ANNELIESE

5 RA-Abos zu gewinnen!!!

direkt zum Abo ROTE ANNELIESE

Die RA abonnieren

Abonnieren Sie die Rote Anneliese und mit etwas Glück gehören Sie zu den fünf Gewinnern, die Ihr Abo für ein Jahr lang gratis erhalten. Die Gewinner werden persönlich angeschrieben.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

☐ Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 100 Franken.
☐ Ich bestelle ein Online-RA-ABO für 50 Franken.

Talon bitte ausschneiden und einsenden an:
Verein Rote Anneliese
Postfach 441, 3900 Brig-Glis

oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch

www.roteanneliese.ch

Wussten Sie schon, dass…

› es keinen Ausbau des Lötschberg-Basistunnels auf durchgehend zwei Spuren braucht, um den Halbstundentakt für Personen ins Oberwallis zu realisieren?

› wer das Gegenteil behauptet, den Halbstundentakt bewusst auf den Nimmerleinstag verschiebt? Und somit dem Oberwallis schadet.

› die neu durch den Gotthard-Basistunnel rollenden Güterzüge über die jetzt ausgebaute Luino-Linie zurück auf die Lötschberg-Simplon-Linie geleitet werden müssen, weil das italienische Bahnsystem nur im Nordwesten von Mailand Güter aufnehmen kann?

› die HUPAC nur zu einem Viertel der SBB gehört und zu 75 Prozent privaten Unternehmern? Diese HUPAC wird vom Bund mehr als grosszügig subventioniert. Und somit auch das Unternehmen Giezendanner.

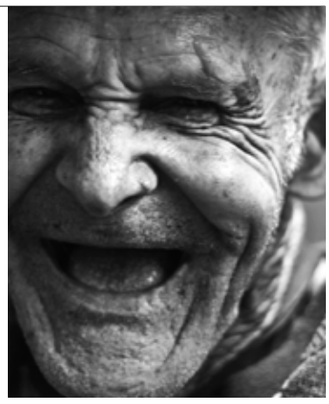
› die HUPAC jetzt ihr neues Flachwagen-Rollmaterial in China herstellen lässt? Beim halbstaatlichen Unternehmen CRRC, das 180'000 Menschen beschäftigt. Dessen Produkte sind offenbar heute vergleichbar gut wie jene von Siemens, Alstom und Stadler. Nur liefert die kommunistische Partei Chinas Zugskompositionen und Güterwagen durchschnittlich zum halben Preis. Das ist kein gutes Omen für die SBB Werkstätten im Tessin. Der einzige Trost: Die neuen chinesischen Flachwagen verfügen über Kunststoffbremsen. Das mindert den Bahnlärm etwas.

› die BLS der SBB die Fernverkehrslinien ab Brig nach Basel wegschnappen wollen? Das liegt nicht im Interesse des Oberwallis. Warum? Im Oberwallis arbeiten 700 Menschen bei der SBB. Mit dem Contact Center in Brig schlägt das digitale Hirn, das sich um die Kunden kümmert, in Brig. Die BLS hat und schafft keine Arbeitsplätze im Oberwallis. Unsere Nationalräte, Ständeräte und Staatsräte lässt das alles kalt. Sie nehmen bis heute nicht Stellung im Krieg zwischen BLS und SBB. Rieder, Egger, Amherd, Schmidt und Waeber-Kalbermatten, bitte melden. Sonst ist es irgendwann zu spät.

› sich BLS und Matterhorn-Gotthard-Bahn weigern, mit modernen Niederflurwagen den Autoverlad so zu verbessern, dass auch Busse und Lastwagen verladen werden können? So wie das bei der Tauern-Schleuse in Österreich der Fall ist. Ihr Argument: Zu teuer. Vielleicht werden sie früher oder später nach China ausweichen (müssen).

› der VOV sich mit diesen und vielen anderen wichtigen Verkehrsfragen leider nicht beschäftigt? ■

Der heitere Schlusspunkt:



Unbekannt | Jean-Michel Cina ist wieder aufgetaucht! So gefunden im Amtsblatt vom 9. Februar 2018.

15.01.2018
Berichtigung des im SHAB Nr. 249 vom 22.12.2017, S. 0, publizierten TR-Eintrages Nr. 1686 vom 19.12.2017 **VWI Ingenieure AG, in Naters,** CHE-106.828.104, Aktiengesellschaft (SHAB Nr. 249 vom 22.12.2017, Publ. 3952805). Eingetragene Personen neu oder mutierend: Cina, Jean Michel, von Salgesch, in Salgesch, Mitglied des Verwaltungsrates, ohne Zeichnungsberechtigung [nicht: unbekannten Aufenthaltes]; Bouron, Sébastien Frédéric, französischer Staatsangehöriger, in Glis (Brig-Glis), Mitglied der Geschäftsleitung, mit Kollektivunterschrift zu zweien [nicht: Mitglied der Geschäftsleitung, mit Einzelunterschrift]. Tagesregister-Nr. 41 vom 10.01.2018 / CHE-106.828.104 / 03989855 ■

RA Die nächste Ausgabe der Roten Anneliese erscheint am 1. Mai 2018.

AZB
CH-3900 Brig-Glis
DIE POST

ROTE ANNELIESE
AZB CH-3900 BRIG-GLIS | NR. 243 | MÄRZ 2018
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis oder
per E-Mail an: **rote.anneliese@rhone.ch**